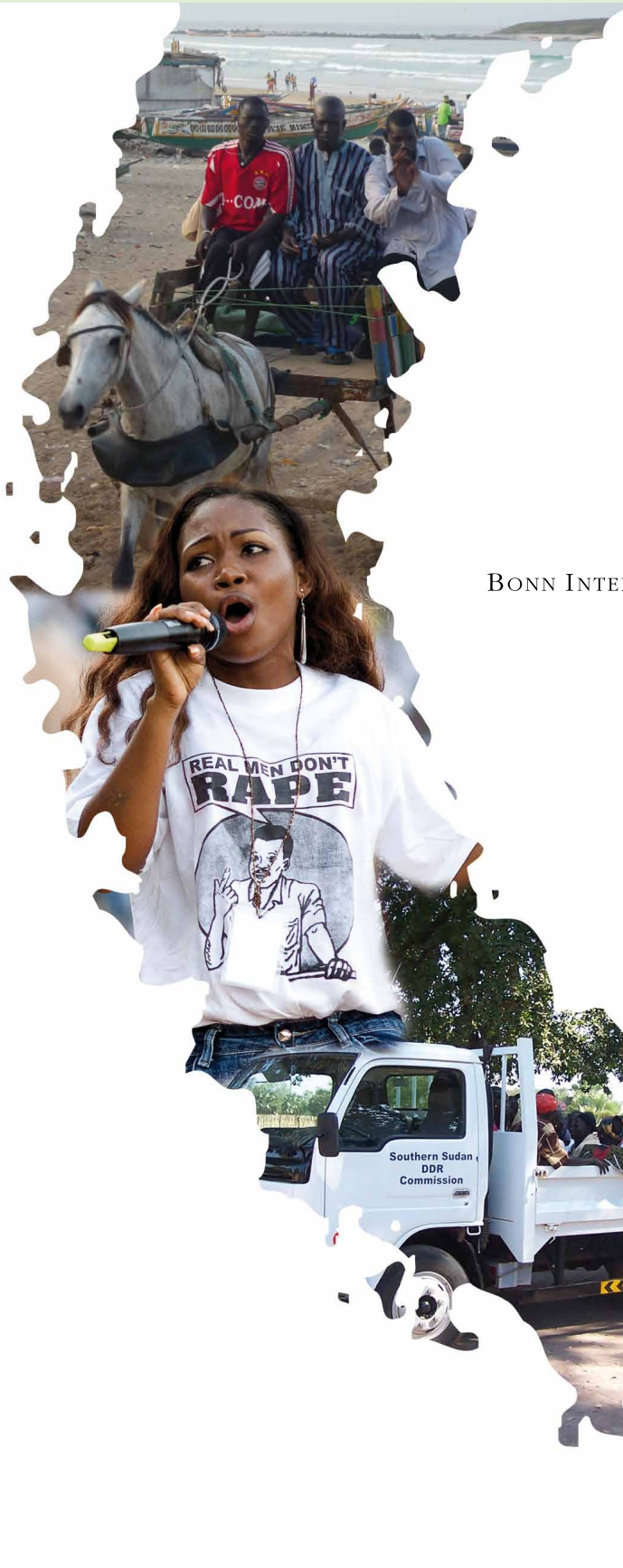




# JAHRESBERICHT 2009/2010



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C



## Impressum

BICC • Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn GmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1 • 53121 Bonn • Deutschland • Tel.: +49-228-911 96-0 • Fax: +49-228-911 96 22  
E-Mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de) • Internet: [www.bicc.de](http://www.bicc.de)  
Direktor: Peter J. Croll • Herausgeberin: Susanne Heinke • Publishing Management: Heike Webb

## Mitarbeit am Jahresbericht 2009/2010

Projektleitung:	Susanne Heinke
Autoren:	Marc von Boemcken, Peter J. Croll, Michael Dedek, Peter Gottwald, Jan Grebe, Lena Guesnet, Susanne Heinke, Elvan Isikozlu, Wolf-Christian Paes, Clara Schmitz-Pranghe, Andrea Warnecke, Lars Wirkus
Redaktion:	Susanne Heinke
Übersetzung:	Lynn Benstead (Englisch), Heike Webb (Deutsch/Englisch)
Layout:	Katharina Moraht
Redaktionsschluss:	28. Mai 2010

# Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Geschäftsbericht	7
<b>Projektberichte</b>	
Datenanalyse zur Politikberatung – Rüstungsexporte und globale Militarisierung im Brennpunkt	12
Unterstützung des Demobilisierungsprozesses im Südsudan	14
Forschungsprojekt untersucht Vergewaltigung im Krieg	16
Kommerzielle Sicherheit – Hemmnis oder Hilfe in der Entwicklungspolitik?	18
Studienteam des German Marshall Fund forscht zu klimabedingter Migration	20
Transnationales Engagement von afrikanischen Migrantenorganisationen in NRW	22
Elend statt Entwicklung – Das Erdölprojekt im Tschad	24
Liegenschaftskonversion stellt Anforderungen an Landesplanung und Strukturpolitik	26
Publikationsliste	28

# Geleitwort



Seit seiner Gründung 1994 leistet das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) mit seinen vielfältigen Aktivitäten im Bereich Frieden und Entwicklung einen wertvollen Beitrag zu Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das BICC wurde zu einem geschätzten Partner von Institutionen mit ähnlichen Zielen und hat sich national wie international einen guten Namen gemacht als ein Institut, das nicht nur auf ausgetretenen Pfaden wandelt, sondern immer wieder nach innovativen neuen Wegen und Konzepten sucht.

Ein Beispiel hierfür ist das Gebiet der Kleinwaffenkontrolle, auf dem das Auswärtige Amt seit vielen Jahren eng mit dem BICC zusammenarbeitet. Diese sogenannten „Kleinwaffen“ stehen nicht so sehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit wie Massenvernichtungswaffen. Durch die stereotypische „Kalaschnikow“ und andere Handfeuerwaffen sterben dennoch Jahr für Jahr weit mehr Menschen als durch jede andere Waffenart. Ihre leichte Verfügbarkeit in großen Mengen verschärft Konflikte und destabilisiert Gesellschaften. Dies ist eine der größten Bedrohungen der Sicherheit in vielen Regionen der Welt und zugleich ein maßgebliches Entwicklungshemmnis.

Wir begrüßen es daher sehr, dass die Kleinwaffenkontrolle seit vielen Jahren einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt des BICC bildet und arbeiten auf diesem Gebiet immer wieder gern mit dem BICC zusammen. Beispiele hierfür sind die Erstellung von Trainingsmodulen zur Kleinwaffenkontrolle durch das BICC, die heute weltweit bei Ausbildungsmaßnahmen internationaler Organisationen oder von Nichtregierungsorganisationen zur Anwendung kommen. Wir schätzen die Kompetenz des BICC bei der Auswertung und Konzeption von Projekten, die das Auswärtige Amt auch mit anderen Partnern weltweit zur Verbesserung der Kleinwaffenkontrolle durchführt. Und wir greifen gern auf die Expertise des BICC zurück, wenn es darum geht, unsere Positionen für internationale Konferenzen zu entwickeln oder fachliche Beiträge zu Seminaren oder Veranstaltungen zu leisten. Auch im Kleinwaffengesprächskreis, einem Forum des Austauschs zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, zu dem das Auswärtige Amt regelmäßig einlädt, leistet das BICC regelmäßig wertvolle Beiträge und zeigt innovative

Lösungsansätze auf. Es ist dieser kontinuierliche Kontakt und Austausch, der das BICC für uns zu einem wertvollen Partner macht.

Ein Beispiel für die stete Suche nach neuen Ansätzen ist auch der vom BICC entwickelte „Globale Militarisierungsindex“ (GMI). Als Maß für den Militarisierungsgrad eines Landes setzt dieser die Militärausgaben ins Verhältnis zum Gesamtbudget bzw. den Aufwendungen für den Gesundheitssektor eines Landes. Die Vorstellung dieses Konzepts durch den Direktor des BICC, Peter Croll, im Rahmen einer Veranstaltung an unserer Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am Rande der letztjährigen VN Generalversammlung, ergänzte und unterstrich das langjährige deutsche Engagement für eine verbesserte internationale Transparenz von Militärausgaben als wichtige Maßnahme der Vertrauensbildung.

Ich erhoffe mir, dass wir auch in Zukunft auf die Kompetenz und Innovationsfreude des BICC zählen können und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

*Botschafter Peter Gottwald*

Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle  
Auswärtiges Amt

# Vorwort



Die friedens- und abrüstungspolitische Agenda des Jahres 2010 ist umfangreich. Im März vereinbarten die USA und Russland einen START-Nachfolgevertrag. Im April fand in Washington ein Gipfel für Nukleare Sicherheit statt, die 8. Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) schloss sich im Mai in New York an. Im Sommer werden UN-Konferenzen über die Kleinwaffenkontrolle und den internationalen Waffenhandel beraten, im Herbst will die NATO auf ihrem Gipfel ein neues strategisches Konzept beschließen. Deutschland wird sich nach acht Jahren wieder um einen nicht ständigen Sitz im Sicherheitsrat für den Zeitraum 2011/2012 bewerben.

Diese Liste könnte noch um viele Punkte ergänzt werden. Auch wenn in einigen Fragen sicher nach wie vor eine gewisse Skepsis angebracht zu sein scheint – sie ist doch vor allem ein Indikator dafür, dass endlich im Bereich von Frieden und Abrüstung einiges in Bewegung gekommen ist.

Das BICC arbeitet an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung – und auch hier gilt es, den neuen Herausforderungen mit innovativen, anwendungsorientierten wissenschaftlichen Herangehensweisen und konkreten, praktischen Projekten zu begegnen. Die Auswahl der BICC-Projekte, die wir in diesem – erstmalig zweisprachig gedruckten – Jahresbericht vorstellen wollen, belegt dies.

Im Bereich der **globalen Rüstungskontrolle** hat das BICC seine kritische Auseinandersetzung mit deutschen Rüstungsexporten auf Grundlage des EU-Verhaltenskodex systematisch fortgesetzt. Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet die Bedeutung staatlicher Militärapparate im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft ab und dient als objektives Analyseinstrument der Politikberatung.

Unter der übergreifenden Fragestellung, wie **Sicherheit in Nachkonfliktsituationen** herzustellen ist, beschäftigt sich ein Projekt mit der Kommerzialisierung von Sicherheit in Entwicklungsländern. Es hinterfragt, was es für die Entwicklungspolitik bedeutet, wenn in manchen Partnerstaaten private Unternehmen zunehmend Sicherheitsaufgaben übernehmen.

Eines der wichtigsten Beratungsprojekte des BICC ist der Demobilisierung ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer im Südsudan gewidmet. Seit Anfang 2010 unterstützt das BICC diesen Prozess im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der KfW durch die Entsendung eines Langzeitexperten als Berater der Südsudanesischen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (South Sudan Disarmament, Demobilization and Reintegration Commission – SDDRC).

Ein Forschungsvorhaben zu Kriegsvergewaltigungen konzentriert sich auf die Entwicklung einer Typologie dieser Art von Gewalt im Krieg, vor allem, um deren vielfältige Konsequenzen nach seiner Beendigung besser zu verstehen.

Aus dem Forschungsschwerpunkt **„Migration und Sicherheit“** stammen zwei Projekte, über die Sie sich in diesem Jahresbericht informieren können. Das BICC beteiligt sich zum einen an einem transatlantischen Studienteam zur Erforschung der klimainduzierten Migration. Zum anderen untersucht es das transnationale Engagement von afrikanischen Migrantenorganisationen in NRW.

Seit Beginn des Jahres 2010 hat das BICC das internationale Sekretariat der Kampagne Fatal Transactions übernommen, einem Zusammenschluss europäischer NGOs, die sich für eine gerechte Nutzung der natürlichen Reichtümer Afrikas südlich der Sahara einsetzen. Um **„Natürliche Ressourcen und Konflikte“** ging es auch bei der BICC-Studie zum Erdölprojekt Tschad-Kamerun mit dem Titel *“We were promised development and all we got is misery” – The Influence of Petroleum on Conflict Dynamics in Chad*.

Nach dem Stand der **Konversion** fragt ein weiterer Artikel des vorliegenden Jahresberichts. Denn nach wie vor sind die Folgen von Standortschließungen und -verkleinerungen im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform und der Truppenreduzierungen ausländischer Streitkräfte für die Bundesländer und die betroffenen Kommunen von großer wirtschaftlicher, städtebaulicher und planerischer Bedeutung.

Das BICC betreibt anwendungsorientierte Forschung, bietet Beratung und Training zum Kapazitätenaufbau

# FRIEDEN. PEACE. PAIX. BONN.

an. Seit Frühjahr 2010 verbindet uns eine neue **Partnerschaft mit dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen** (UN Institute for Training and Research, UNITAR), die wir kontinuierlich ausbauen wollen.

Um konkrete Projekte und innovatives Denken und Handeln geht es übrigens auch bei der **Jubiläumskonferenz des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) im September 2010 in Bonn**. „Weiter wie bisher? kursWECHSELN in die Zukunft“ ist der Titel dieser Zusammenkunft von Alternativen Nobelpreisträgern aus 30 Jahren. Das BICC wird sich aktiv bei der Organisation der Clusterveranstaltung „Friede auf Erden!? – Initiativen für Abrüstung, Gewaltfreiheit und Dialog“ engagieren. Auch mit diesem internationalen Austausch hoffen wir, dass weitere Bewegung in Richtung Frieden und Abrüstung entsteht!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie herzlich zur Kommentierung unseres Jahresberichts 2010 ein.

*Peter J. Croll*  
Direktor BICC

# Geschäftsbericht

Auf der Grundlage von anwendungsorientierter Forschung leistet das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen und bildet aus. So unterstützt es die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Regierungen, Kommunen, staatliche und nicht staatliche Organisationen bei der Umsetzung der Abrüstung und allen Fragen an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung. Das BICC wurde 1994 als gemeinnützige GmbH auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan gegründet und hat heute zwei Gesellschafter – das Land NRW und das Land Brandenburg. Das Land NRW dokumentiert durch das BICC sein Engagement für Bonn als Standort der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik.

## Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn,  
 Telefon: +49-(0)228-911 96-0, Fax: +49-(0)228-911 96-22,  
 E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de  
 Geschäftsführer: Peter J. Croll  
 Prokurist: Michael Dedek  
 Handelsregister: Bonn HRB 6717  
 Steuernummer: 5202/5783/0483  
 VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

### Gesellschafter des BICC:

Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	85%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%

Das BICC hat einen Aufsichtsrat, der die Gesellschafter berät und die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Der Aufsichtsrat ist u.a. zuständig für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen.

Das BICC und insbesondere die Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internati-

## Die Aufsichtsratsmitglieder im April 2010

1. Dr. Michael Stückradt, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Natalia Fedossenka, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
4. Franz Meiers, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund
5. Dirk Reitemeier, Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
6. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
7. N.N. – Die Nachbesetzung erfolgt im Mai 2010

onalen Kuratorium beraten. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

Um seine vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen in den Bereichen anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Kapazitätenaufbau erbringen zu können, vertraut das BICC auf eine internationale Belegschaft. Im Jahr 2009 waren durchschnittlich 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 13 in Vollzeit sowie 19 in Teilzeit (inkl. vier studentische Hilfskräfte, drei wissenschaftliche Hilfskräfte und zwei geringfügig Beschäftigte).

Das Konversionszentrum bietet auch Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit der Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Zwischen Januar 2009 und März 2010 waren 17 Praktikantinnen und Praktikanten aus neun Ländern am BICC tätig.



### Die wichtigsten Projekte 2009/2010 im Überblick:

<b>Anwendungsorientierte Forschung</b>		Auswahl Produkte/ weitere Informationen
Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern	seit August 2009	Forschungsvorhaben mit Feldforschung, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Söldneridentitäten – Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak	bis August 2009	Explorative Forschungsstudie, finanziert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
DIASPEACE – Diaspora für Frieden: Muster, Trends und Potential von Diasporabeteiligung in Konfliktsituationen. Fallstudien am Horn von Afrika	seit März 2008	Projekt im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU – s. <a href="http://www.diaspeace.org">www.diaspeace.org</a>
Afrikanische Migrantenorganisationen (MO) in Nordrhein-Westfalen – Organisationsformen und Aktivitäten	seit Januar 2010	Studie im Auftrag der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen
GMF-Studententeam zu Klimawandel und Migration	seit Juli 2009	Transatlantisches Studententeam zur klimainduzierten Migration des German Marshall Fund of the United States im Rahmen seines Immigration & Integration Program 2009/10
Die Rolle des Sicherheitssektors für die Stabilität und Herrschaftsdynamik der Regimes in Zentralasien	bis Mai 2009	Forschungsprojekt, finanziert von der Volkswagenstiftung
Vergewaltigung und Krieg	seit November 2008	Studien mit Feldforschung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung s. <a href="http://www.friedensgutachten.de">www.friedensgutachten.de</a>
<b>Beratung</b>		
Globaler Militarisierungsindex (GMI) sowie Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte	seit Mai 2002	GMI-Index, Datenbanken und Länderberichte mit Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern, <a href="http://www.ruestungsexport.info">www.ruestungsexport.info</a> , finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Kleinwaffen-Survey in der Demokratischen Republik Kongo	seit November 2008	Erhebung und Auswertung in Zusammenarbeit mit GRIP, Belgien, im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)
Diasporavertreter in zentralen Regierungsfunktionen in zerbrechlichen Staaten	bis Februar 2010	Studie für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Beratung des Hochkommissariats für Wiedereingliederung in Kolumbien	seit Juni 2008	Unterstützung des Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses in Kolumbien durch die Beratung der zuständigen Regierungsbehörde im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Beratung im Themenfeld Kleinwaffen	seit September 2008	Z.B. Beratung des Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), Accra, Ghana

### Kapazitätsaufbau (Capacity Building)

Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) im Südsudan (Kapazitätsaufbau-Komponente)	seit Oktober 2009	In Zusammenarbeit mit der South Sudan DDR Commission (SSDDRC) im Auftrag der KfW
Mitarbeit im Netzwerk Fatal Transactions (FT), Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema Ressourcen und Konflikte	seit Jan 2007	Wissenschaftliche Unterstützung, Veranstaltungen, Website, PR-Arbeit, Ausstellungen, Exertengespräche – s. <a href="http://www.bicc.de/fataltransactions/">www.bicc.de/fataltransactions/</a>
Rohstoffe für eine gerechte Welt – Fotoausstellung	seit April 2008	Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, finanziert von Internationale Weiterbildung und Entwicklung (Inwent), s. auch <a href="http://www.rohstoffgerechtigkeit.de">www.rohstoffgerechtigkeit.de</a>
Internationale Konferenz: Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa. The Security – Migration Nexus II, Bonn, 13. - 14. Februar 2009	bis Mai 2009	Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – Konferenzdokumentation BICC <i>brief 39</i> siehe: <a href="http://www.bicc.de/index.php/publications/briefs/brief-39">http://www.bicc.de/index.php/publications/briefs/brief-39</a>
Dokumentation des Global Media Forum der Deutschen Welle, Ausrichtung eines Workshops: Sicherheit und die Medien, 5. Juni 2009	bis August 2009	s. <a href="http://www.dw-gmf.de/download/GMF-Doku-2009-web.pdf">http://www.dw-gmf.de/download/GMF-Doku-2009-web.pdf</a>



#### Das Internationale Kuratorium im April 2010:

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, eh. Direktor des Norwegischen Instituts für Internationale Politik (NUPI)
2. Dr. Hans Blix (Schweden), eh. Direktor der Internationalen Atomenergiekommission (IAEO)
3. Prof. Dr. Janos Bogardi (Deutschland), Geschäftsführer, International Project Office, Global Water System Project (GWSP)
4. Botschafter Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Präsident, Pugwash Conferences on Science and World Affairs
5. Dr. Monika Hauser (Deutschland), Gründerin und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von medica mondiale e.V.
6. Prof. Dr. Wolfram Hilz (Deutschland), Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
7. Botschafter Bethuel Kiplagat (Kenia), Geschäftsführer des Africa Peace Forum (APFO)
8. Dr. Ulla Mikota (Deutschland), Leiterin der Unterabteilung 40 Friedens- und Sicherheitspolitik, Not und Übergangshilfe; Südosteuropa, Naher Osten, Afghanistan/Pakistan, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
9. Prof. Dr. Volker Rittberger (Deutschland), Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes, Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
10. Botschafter Herbert Salber (Österreich), Direktor des Conflict Prevention Centre, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
11. Dr. Dan Smith (Großbritannien), Generalsekretär von International Alert
12. Dr. Michael Stückradt (Deutschland), Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
13. Botschafter Dr. Theodor Winkler (Schweiz), Direktor, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)

#### Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Hauptzuwendung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sog. Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren. Die Aufgaben, die mit diesen Mitteln verbunden sind, reichen von Forschung über Beratung und Aus- und Weiterbildung bis hin zu sonstigen Dienstleistungen. Das BICC ist stets bemüht, das Volumen dieses Drittgeschäftes zu steigern. Das Jahr 2009 war für das BICC wirtschaftlich eine besondere Herausforderung. Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte und die globale Wirtschaftskrise schlugen sich auf das Projektgeschäft nieder. Die Betriebsleistung aus extern finanzierten Projekten ging daher im Jahr 2009 zurück.

Durch die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte sich das BICC neu aufstellen und für die weitere Zukunft fit machen. So konnten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um bereits im Jahr 2010 deutliche Einsparungen zu realisieren.

Im Ergebnis wurde sogar ein geringer Überschuss erwirtschaftet und die gesamte Kostenstruktur des Hauses so angepasst, dass die Erreichung der Ziele weiterhin gewährleistet werden kann.

Hierbei hilft auch die neue Zielvereinbarung, die mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen geschlossen wurde und die dem BICC bis einschließlich 2012 einen festen Mindestbetrag als Zuwendung garantiert. Als Anreiz für die Mittelakquisition ist ferner ein zusätzliches erfolgsabhängiges Leistungsplus vorgesehen. Als Erfolgsindikator dient nicht nur die Höhe der akquirierten Drittmittel sondern auch deren Herkunft. Gemäß der internationalen Ausrichtung des Hauses schlagen internationale Projektmittel besonders positiv zu Buche.

So vielfältig wie die Aufgaben und Projekte des BICC, so divers sind auch die Finanzquellen. Zu den Mittelgebern zählen die Bundesregierung und die Europäische Union ebenso wie das Entwicklungsprogramm



der Vereinten Nationen (UNDP), Stiftungen, Unternehmen und andere Körperschaften.

Der Gesellschaftsvertrag der BICC GmbH wurde im Jahr 2009 grundlegend überarbeitet. Hiernach gilt als Zweck der Gesellschaft:

„Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung mit den durch die Konversion entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Konversion zielt im Prozess einer umfassenden Transformation auf eine Verminderung bzw. Verhinderung der Vorbereitung, Androhung oder Anwendung von militärischer oder kriegerischer Gewalt in allen ihren Erscheinungsformen und

soll auch als praktische Umsetzung von Abrüstung die Umstellung optimieren.

Zweck der Gesellschaft ist die

- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Förderung des Völkerverständigungsgedankens,
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die BICC GmbH ist als gemeinnützig anerkannt und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Damit ist das BICC institutionell und organisatorisch gut gerüstet, um den Herausforderungen der nächsten Jahre erfolgreich zu begegnen.

*Michael Dedek*

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009**

Ist 2009

Umsatzerlöse		
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW		1.182.400,00
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten		800.616,69
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen		14.179,36
		1.997.196,05
Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)		-3.932,74
Sonstige betriebliche Erträge		28.514,45
	<b>Betriebsleistung</b>	<b>2.021.777,76</b>
Materialaufwand in Projekten		268.453,43
Personalaufwand		1.308.890,41
Planmäßige Abschreibungen		15.813,29
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)		428.594,30
	<b>Betriebsaufwendungen</b>	<b>2.021.751,43</b>
Finanzergebnis		5.582,93
	<b>Geschäftsergebnis = Jahresüberschuss</b>	<b>5.609,26</b>

# Datenanalyse zur Politikberatung – Rüstungsexporte und globale Militarisierung im Brennpunkt

Deutsche Rüstungsgüter sind auf dem Weltmarkt nach wie vor sehr gefragt. Die Ausfuhren deutscher Waffensysteme haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Weiterhin sind unter den Empfängern einige kritische Länder wie Pakistan, Angola und Saudi Arabien. Im Rahmen einiger vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderter Projekte untersuchen Wissenschaftler des BICC Zusammenhänge zwischen Rüstungsexporten sowie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungstransfers. Der vom BICC entwickelte Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet die Bedeutung staatlicher Militärapparate im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft ab.

**D**er Trend steigender deutscher Rüstungsexporte lässt sich in den letzten Jahren deutlich belegen. Erteilte Deutschland im Jahr 2007 Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 3,67 Milliarden Euro, stieg diese Zahl 2008 auf 5,78 Milliarden Euro. Kurz - deutsche Rüstungsgüter sind weltweit zunehmend begehrt.

Zahlreiche Rüstungsgüter werden dabei nicht nur in EU- und NATO-Staaten, sondern auch in Drittstaaten exportiert, die in einigen Fällen als bedenklich eingestuft werden müssen. Denn unter diesen Abnehmern befinden sich etwa auch Empfänger offizieller deutscher Entwicklungshilfe wie Pakistan, Angola oder der Sudan. Die größten Abnehmer deutscher Rüstungsexporte im Jahr 2008 außerhalb der EU- oder NATO Staaten waren jedoch Südkorea (1,87 Milliarden Euro), Singapur (339 Millionen Euro), Saudi Arabien (170,4 Millionen Euro) sowie die Vereinigten Arabischen Emirate (142 Millionen Euro).

## Deutsche Leopard-Panzer und U-Boote – auch in bedenkliche Länder

Auf Grundlage der vom BICC bereitgestellten Datenbank mit Informationen zu Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte lässt sich beobachten, dass in den vergangenen Jahren in über 40 Länder Rüstungsgüter exportiert wurden, deren Menschenrechtssituation als bedenklich eingestuft wird. Kritische Regionen sind insbesondere der Nahe und Mittlere Osten,

## [www.ruestungsexport.info](http://www.ruestungsexport.info)

Das BICC stellt auf seiner Homepage ([www.ruestungsexport.info](http://www.ruestungsexport.info)) 21 Länderberichte zu Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte bereit. Diese sind Ägypten, Algerien, Brasilien, Indien, Indonesien, Kolumbien, Libyen, Malaysia, Marokko, Mexico, Oman, Pakistan, Philippinen, Republik Korea, Saudi Arabien, Singapur, Südafrika, Thailand, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Venezuela.

Die umfassenden Berichte liefern einen Überblick über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation sowie Angaben über den militärischen Sektor in den jeweiligen Ländern. Darüber hinaus beinhalten die Berichte Angaben zu deutschen Rüstungsexporten, Analysen der heimischen Rüstungsindustrien sowie Untersuchungen über die Rolle des Militärs in der Gesellschaft.

Die Bedeutung des EU-Verhaltenskodex hat nach seiner Aufwertung zu einem „Gemeinsamen Standpunkt“ (2008/944/GASP) deutlich zugenommen. In den Berichten werden die acht Kriterien des Verhaltenskodex für die jeweiligen Länder genau untersucht und analysiert. Vor dem Hintergrund der Situation im Empfängerland ermöglichen sie eine genaue Einschätzung im Hinblick auf Rüstungsexporte.

Lateinamerika sowie Südostasien. In allen diesen Gebieten haben in den vergangenen Jahren umfassende Rüstungslieferungen – nicht nur von deutscher Seite – zur regionalen Instabilität beigetragen und die regionale Sicherheitskooperation vor neue Herausforderungen gestellt.

Besonders Lieferungen deutscher Leopard-Panzer nach Chile und Brasilien in den letzten Jahren zeigen, wie gut Deutschland auf dem Weltrüstungsmarkt aufgestellt ist. Hinzu kommen zahlreiche U-Boot-Lieferungen in verschiedene Staaten, die für die technologische Dominanz deutscher Rüstungsunternehmen in diesem Bereich stehen. Der Ende 2008 geschlossene Vertrag zwischen der HDW-Werft und Südkorea über den Kauf weiterer sechs U-Boote des Typs 214 zeigt die besondere Stellung deutscher Unternehmen bei konventionell betriebenen U-Booten. Aber auch die



andauernde Debatte über den U-Boot Transfer nach Pakistan zeugt davon. Vor dem Hintergrund des andauernden Konflikts und den schlechten Menschenrechtsstandards sowie den Spannungen zwischen Pakistan und Indien, ist dieser geplante Transfer aus entwicklungspolitischer und konfliktsensitiver Sicht allerdings nur schwer nachvollziehbar.

#### Der Globale Militarierungsindex (GMI) wird weiterentwickelt

Mit dem Globalen Militarierungsindex (GMI) hat das BICC erstmals objektiv die weltweite Militarisierung abgebildet. Der GMI setzt Militärausgaben eines Landes ins Verhältnis zu seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie seinen Aufwendungen für die medizinische Versorgung. Er stellt die Gesamtzahl militärischer und paramilitärischer Kräfte eines Landes der Zahl seiner Ärzte gegenüber. Schließlich untersucht er die Menge an schweren Waffen, die den Streitkräften eines Landes zur Verfügung stehen. Mittels dieser und anderer Indikatoren wird das Ranking eines Landes ermittelt, das es erlaubt, den jeweiligen staatlichen Militarierungsgrad im Verhältnis zu anderen Ländern zu messen. Beim GMI geht es also nicht um die Frage, ob ein Land „militaristisch“ ist, sondern um eine auf Zahlen basierte Zustandsbeschreibung. Dies macht ihn zum idealen Hilfsmittel für Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik.

Erste Ergebnisse des GMI zeigen deutliche regionale Unterschiede auf. Der Nahe und Mittlere Osten ist die wohl weltweit am höchsten militarisierte Region der Welt. Sieben der ersten zehn Länder mit dem weltweit höchsten Militarierungsgrad sind dort zu finden, was darauf hindeutet, dass der Militärapparat im Verhältnis zur Gesellschaft eine herausragende Rolle einnimmt.

Derzeit wird der GMI weiterentwickelt, indem sowohl historische als auch aktuelle Daten hinzugefügt werden. Dies ermöglicht in Zukunft die Darstellung von Trends von den 1990er Jahren bis heute sowie weitere detaillierte Analysen spezifischer regionaler oder nationaler Entwicklungen. Ziel des BICC ist es, mit Hilfe des GMI einen Beitrag zur Debatte über weltweite Militarisierung zu leisten und auf die oft widersprüchliche Ressourcenverteilung hinzuweisen.

#### GMI 2010

Der Globale Militarierungsindex (GMI) wird derzeit weiterentwickelt. Sowohl historische als auch aktuelle Daten werden hinzugefügt. Dies ermöglicht in Zukunft die Darstellung von Trends sowie detaillierte Analysen von regionalen oder nationalen Entwicklungen. Durch die Betrachtung unterschiedlicher Jahre wird es möglich, über den *status quo* hinaus den GMI als Analyseinstrument noch spezifischer und direkter für anzuwenden. Die Veröffentlichung der neuen Daten und Zahlen ist für Oktober 2010 geplant.

Denn einerseits lassen sich Länder wie Eritrea identifizieren, die unverhältnismäßig viele Ressourcen für den Militärsektor verwenden, dabei aber andere gesellschaftliche und soziale Sektoren sträflich vernachlässigen. Andererseits gibt es Staaten wie Nigeria, die zwar einen sehr geringen Militarierungsgrad aufweisen, aber dennoch Ort von internen militärischen Konflikten sind. Diese Beispiele verdeutlichen das Dilemma der Debatte. Der weit verbreiteten Grundannahme, dass eine hohe Militarisierung schlecht und eine niedrige *per se* gut sei, versucht der GMI zu begegnen und zu einer Neubetrachtung beizutragen. Für eine Bewertung der Situation bedarf es der spezifischen Analyse einzelner Länder und Regionen – eben dazu dient der GMI als Instrument.

Jan Grebe

Projekttitle:	Globaler Militarierungsindex (GMI) sowie Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte
Laufzeit:	seit Mai 2002
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Jan Grebe
Projektmitarbeit:	Marc von Boemcken
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Unterstützung des Demobilisierungsprozesses im Südsudan

Im Januar 2010 konnte im Sudan der fünfte Jahrestag des „umfassenden Friedensabkommens“ (Comprehensive Peace Agreement) zwischen der Regierung in Khartum und den ehemaligen Rebellen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) gefeiert werden. Im Schatten des weiter anhaltenden Darfur-Konflikts und trotz vielfältiger Konflikte um Fragen der Grenzziehung und der Verteilung der Öleinnahmen zwischen Khartum und der Regierung des nunmehr autonomen Südsudans gehört der Demobilisierungsprozess zu den wenigen „gemeinsamen“ Projekten in beiden Landesteilen. Seit Anfang 2010 unterstützt das BICC diesen Prozess im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch die Entsendung eines Langzeitexperten als Berater der Südsudanesischen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (South Sudan Disarmament, Demobilization and Reintegration Commission – SSSDRC).

Die Ursachen des sudanesischen Bürgerkriegs sind hoch komplex: neben ethnischen und religiösen Konfliktlinien ist es vor allem die Konzentration von politischer Macht, Bildungsmöglichkeiten und Entwicklungsanstrengungen im nördlichen Niltal, welche zu Aufständen an der Peripherie des Landes geführt haben. Verstärkt wurde diese Entwicklung seit den 1990er Jahren durch die Ausbeutung der sudanesischen Erdölfelder, die sich überwiegend im Süden des Landes befinden und deren Einnahmen bis zum Friedensschluss 2005 fast ausschließlich der Regierung in Khartum zugute kamen. Gleichzeitig wurde der Sudan auch durch die Intervention der Nachbarstaaten destabilisiert, worauf die Regierung durch die Unterstützung von Rebellengruppen im Ausland sowie durch das Schüren von ethnischen Spannungen im Süden und in Darfur reagierte. Während des Bürgerkriegs zwischen Khartum und der SPLA kam es zu einer humanitären Katastrophe kaum gekanntem Ausmaßes – die Vereinten Nationen gehen von mehr als zwei Millionen Todesopfern seit 1983 und bis zu vier Millionen Vertriebenen aus. Zu den bis heute spürbaren Folgen des Bürgerkriegs gehört die weitgehende Zerstörung der Infrastruktur und eine beispiellose Verbreitung von modernen Schnellfeuerwaffen unter der Zivilbevölkerung.

## Demobilisierung – Ein zentrales Element des Friedensabkommens

Der unter internationaler Beteiligung in Kenia ausgehandelte Friedensvertrag zwischen Khartum und der SPLA/M sieht eine sechsjährige Übergangszeit vom Waffenstillstand bis zu einem für Anfang 2011 geplanten Referendum über die mögliche Sezession des Südens vor. Überwacht von einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen (United Nations Mission in Sudan – UNMIS) soll der umstrittene Grenzverlauf sowie die Verteilung der Erdöleinnahmen geklärt werden. Zudem sollen demokratische Wahlen in beiden Landesteilen stattfinden. Ein weiteres zentrales Element ist die Demobilisierung und soziale Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern in die Zivilbevölkerung. In einem ersten Schritt wurden bis 2007 die Angehörigen der unterschiedlichen Milizen in die reguläre Armee des Sudans (im Norden) bzw. in die SPLM (im Süden) eingegliedert – ein Prozess, der zu vielfältigen Spannungen führte, als sich ehemalige Gegner in einer gemeinsamen Truppe wiederfanden. Erst 2009 begannen mit mehrjähriger Verspätung die Demobilisierung und soziale Reintegration der ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfer.

Im Rahmen des umfassenden Friedensabkommens ist der Abbau von jeweils 90.000 Soldaten in beiden Landesteilen vorgesehen. Bis Dezember 2009 gelang die Demobilisierung von etwa 20.000 ehemaligen Kombattanten, wobei der regionale Schwerpunkt auf den sogenannten „*transitional areas*“ (Gebieten, deren Zugehörigkeit noch nicht endgültig geklärt ist) wie Upper Nile und Southern Kordofan im Grenzgebiet zwischen Nord und Süd lag.

Dabei ist es bemerkenswert, dass der Demobilisierungsprozess trotz vielfältiger logistischer und administrativer Schwierigkeiten überhaupt angelaufen ist. Nach dem Tod des ehemaligen SPLA/M-Führers John Garang bei einem Hubschrauberabsturz im Juli 2005 hat das politische Lager der Sezessionisten im Süden deutlich an Einfluss gewonnen. Vereinzelt Auseinandersetzungen in der Grenzregion, der anhaltende Konflikt in Darfur und der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshof gegen Omar al-Bashir, den Präsidenten des Sudans, werfen Schatten auf den



Friedensprozess. Auch Meldungen über die Aufrüstungsbemühungen auf beiden Seiten im Vorfeld des Referendums zeigen, wie zerbrechlich der Frieden zwischen Nord und Süd weiterhin ist. Scheinbar paradoxerweise gibt es gleichzeitig in beiden Landesteilen ein großes Interesse an der Demobilisierung von Soldatinnen und Soldaten. Ausschlaggebend sind dabei vor allem fiskalische Zwänge. Beide Regierungen geben große Summen für die Soldzahlungen aus – Gelder, die gerade nach dem Einbruch der Einnahmen aus dem Ölsektor in Folge der Wirtschaftskrise in den Staatshaushalten fehlen. In der ersten Phase des Demobilisierungsprozesses sind es dann auch vor allem Frauen und minderjährige sowie ältere und kriegsversehrte Soldaten, die mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft den Weg in die Zivilgesellschaft finden. Es wird erwartet, dass in einer weiteren Phase im Südsudan dann Polizisten und Angehörige der sog. *Joint Integrated Units* sowie später weitere Einheiten der SPLA folgen werden.

#### Aus- und Weiterbildung für die nationale DDR-Kommission

An der Durchführung des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses sind eine Reihe von internationalen Organisationen, darunter neben UNMIS auch UNDP (Entwicklungsprogramm der UN) sowie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF und das Welternährungsprogramm beteiligt. Die schwierigste Herausforderung ist dabei angesichts der schlechten Infrastruktur im Land die Integration der ehemaligen Kombattanten in den zivilen Arbeitsmarkt. Seit November 2009 unterstützt das Auswärtige Amt über die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) diesen Prozess einerseits durch einen finanziellen Beitrag und andererseits durch eine Aus- und Weiterbildungsmaßnahme für die nationale DDR-Kommission im Südsudan. Diese Regierungsbehörde hat die schwierige Aufgabe die Vielzahl der Akteure zu koordinieren, leidet aber wie alle Regierungsstellen im Süden unter einem Mangel an ausgebildetem Personal.

Bereits seit 2007 hat das BICC in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gebern Ausbildungsprogramme für die Mitarbeiter der DDR-Kommission im Südsudan

durchgeführt. Wurden diese in der Vergangenheit vor allem durch internationale Kurzzeitexperten durchgeführt, setzt das BICC seit Anfang 2010 auf die Entsendung einer Langzeitfachkraft, deren Büro sich im Gebäude der Kommission in der südsudanesischen Hauptstadt Juba befindet und dieses Projekt vor Ort koordiniert. Unterstützt wird dieser Auslandsmitarbeiter durch weitere Spezialisten – etwa für die Informationsarbeit der Kommission – im Rahmen von kürzeren Einsätzen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit vor allem auf der Stärkung der vorhandenen Fähigkeiten der Kommissionsmitarbeiter, der direkten Begleitung des Leiters der Kommission und der fachlichen Beratung sowohl der deutschen Botschaft in Khartum als auch der Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Bewertung des DDR-Prozesses. Mit der Entsendung einer Langzeitfachkraft in den Sudan sowie in der Zusammenarbeit mit der KfW betrifft das BICC damit Neuland im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Wolf-Christian Paes

Projekttitle:	Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) im Südsudan (Kapazitätsaufbau-Komponente)
Laufzeit:	seit Oktober 2009
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Marius Kahl, Lena Guesnet und Christof Kögler
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Forschungsprojekt untersucht Vergewaltigung im Krieg

Vergewaltigung im Krieg ist kein einheitliches Phänomen. Es gibt viele Gründe, warum diese Art der Gewalt – gegen Frauen wie auch gegen Männer – verübt wird. Das BICC untersucht verschiedene Aspekte von Kriegsvergewaltigung, um „Typen“ zu identifizieren. Dieses vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Forschungsprojekt soll zum besseren Verständnis beitragen, wie diese Art der Gewalt im Krieg eingesetzt wird und welche vielfältigen Konsequenzen sie noch lange nach Kriegsende hat. Die Typologie kann helfen, Mängel in den Programmen und Angeboten zur Unterstützung der direkt Betroffenen, ihrer Familien und Gemeinschaften zu entdecken und dazu beitragen, dass die finanzielle Unterstützung durch Mittelgeber sowie humanitäre Programme effizienter gestaltet werden.

**S**eit dem Zweiten Weltkrieg gibt es dokumentierte Beweise dafür, dass in 55 Ländern Vergewaltigungen im Krieg stattgefunden haben. Tatsächlich liegt die Zahl wohl noch viel höher.<sup>1</sup>

Im Bürgerkrieg in El Salvador (1980 bis 1992) vergewaltigte die salvadorianische Armee sowohl Angehörige der Zivilbevölkerung als auch Mitglieder der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), der revolutionären Guerillaorganisation. Traf es die Zivilbevölkerung meist zu Hause, wurden Mitglieder der FMLN oft in Gefangenschaft vergewaltigt. Einerseits sollte eine Verrohung in der Bevölkerung erreicht werden, andererseits die so gefolterten Gefangenen Informationen über Pläne und Aufenthaltsorte der FMLN preisgeben. Jedoch gab es auch Vergewaltigung *innerhalb* der FMLN, der viele weibliche Mitglieder angehörten. Motivation hierfür war anscheinend das sexuelle Verlangen Einzelner.

## Kriegsvergewaltigungen in Kambodscha, Sierra Leone und Bosnien

In Kambodscha vergewaltigten während der Herrschaft der Khmer Rouge (1975 bis 1979) deren Mitglieder hauptsächlich weibliche Gefangene, die krimineller Vergehen angeklagt oder als „Klassenfeinde“ identifiziert worden waren. Im Gegensatz zu den Fällen in El Salvador schien der Zweck der Vergewaltigung von Gefangenen nicht darin zu liegen, Informationen zu erhalten, sondern ihnen Schmerzen und Leid zuzufügen und sie schließlich zu Tode zu foltern.

In Sierra Leone war Vergewaltigung für alle bewaffneten Gruppen, die im Bürgerkrieg zwischen 1991 und 2002 kämpften, ein Mittel zum Zweck. Die Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) tat sich während ihrer Angriffe auf große Städte jedoch besonders hervor. Bei den Kämpfen um die Hauptstadt Freetown zwischen 1998 und 1999 setzte sie Vergewaltigung ein, um ihre Dominanz der Bevölkerung gegenüber zu demonstrieren. Die RUF entführte aber auch Mädchen und Frauen zwischen zehn und 18 Jahren aus ihren Dörfern, um sie als Sexsklavinnen zu benutzen. Diese Vergewaltigungen schienen eine Kombination aus „Belohnung“ für erfolgreichen Kampf und der Befriedigung sexueller Lust Einzelner darzustellen.

Während des Kriegs in Bosnien (1999 bis 1995) vergewaltigten Mitglieder der bosnisch-serbischen Armee hauptsächlich bosnisch-muslimische Angehörige der Zivilbevölkerung. Ähnlich wie in Sierra Leone geschah dies vielfach während der Angriffe auf Städte und Dörfer mit der militärischen Strategie, entweder Einzelne zur Flucht zu bewegen oder ganze Gemeinschaften durch Terror und Scham zu zerstören. Vergewaltigt wurde aber auch in Internierungslagern, von denen einige sogar einzig zu diesem Zweck errichtet wurden. Hauptzweck dieser „Vergewaltigungslager“ war es, Frauen zu schwängern, damit sie „serbische“ Babys zur Welt brachten. Es gibt jedoch Berichte, nach denen dort auch Männer vergewaltigt wurden.

<sup>1</sup> Vgl. Isikozlu und Millard. 2009. „Wartime Rape and Post-conflict Research, A BICC Project.“ Projektinformation. Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC), verfügbar unter <[http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/other/BICC\\_Wartime\\_rape-project.pdf](http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/other/BICC_Wartime_rape-project.pdf)>.



### Kategorien von Kriegsvergewaltigung und ihre Typologisierung

Bei aller Unterschiedlichkeit können die oben genannten Beispiele in drei Kategorien von Kriegsvergewaltigung durch bewaffnete Gruppen unterteilt werden:

- Vergewaltigung von Angehörigen der Zivilbevölkerung,
- Vergewaltigung von Mitgliedern einer anderen bewaffneten Gruppe und
- Vergewaltigung innerhalb einer bewaffneten Gruppe selbst.

Innerhalb jeder dieser Kategorien gibt es viele Motivationen und Arten, diese Gewalt anzuwenden. Hauptaufgabe des Forschungsprojekts des BICC war es, die unterschiedlichen Typen von Kriegsvergewaltigung zu bestimmen.

In einer ersten Forschungsphase (November 2008 bis April 2009) wurden mittels Literatur- und Feldforschung in El Salvador und Bosnien-Herzegowina acht Typen identifiziert. Der folgende zweite Teil des Projekts (September 2009 bis Mai 2010) konzentrierte sich auf eine Präzisierung der Typologie, indem zehn weitere länderspezifische Fälle von Kriegsvergewaltigung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien durch eine Literaturstudie untersucht wurden. Die Ergebnisse dieser Forschung werden im Laufe des Jahres 2010 veröffentlicht.

Die Typologisierung dieser Art von Gewalt im Krieg soll nicht nur dazu dienen, sie besser zu identifizieren, bewerten und zu verstehen, sondern auch ihre sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen nach Beendigung eines Krieges zu untersuchen. In der Praxis geht man allgemein davon aus, dass die Folgen von Kriegsvergewaltigung sich auf das einzelne Opfer beziehen sowie psychologischer und physischer Natur sind. Die Forschung hat jedoch ergeben, dass soziale und wirtschaftliche Folgen – je nach Typ der Kriegsvergewaltigung – unterschiedlich sind. Sie gehen über die Konsequenzen für die Betroffenen hinaus und betreffen ebenfalls Familien und Gemeinschaften.

Die Typologie kann daher helfen, Mängel in den Programmen und Angeboten zur Unterstützung der direkt Betroffenen, ihrer Familien und Gemeinschaften zu entdecken. Sie kann dazu beitragen, dass die finanzielle Unterstützung durch Mittelgeber sowie humanitäre Programme effizienter gestaltet werden. Weiter kann sie Lücken in der nationalen und internationalen Gesetzgebung entdecken, die möglicherweise nur einen Typ der Vergewaltigung, der im Krieg angewendet wird, anerkennt. Schließlich kann sie einen Beitrag leisten, Charakteristika zu identifizieren, die zur Ausübung dieser Art von Gewalt führen.

Alles in allem bieten diese Forschungsergebnisse Ansatzpunkte, um die Absicherung bzw. Genesung von Einzelnen, Familien und Gemeinschaften, die von Kriegsvergewaltigung betroffen waren, zu verbessern. Letztendliches Ziel ist es, Erkenntnisse zu gewinnen, die diese Art von Gewalt in der Zukunft vermeiden helfen.

*Elvan Isikozlu*

Projekttitle:	Vergewaltigung und Krieg
Laufzeit:	seit November 2008
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Elvan Isikozlu
Projektmitarbeit:	Dr. Ananda Millard
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Kommerzielle Sicherheit – Hemmnis oder Hilfe in der Entwicklungspolitik?

Sicherheit gilt als wichtige Voraussetzung für Entwicklung. Nur wer an Leib und Leben sicher ist, kann lernen, spielen, arbeiten, am Geschäftsleben oder an zivilgesellschaftlichen und demokratischen Prozessen teilhaben. In Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind in Ermangelung etablierter staatlicher Strukturen häufig private Sicherheitsanbieter tätig. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das BICC deshalb beauftragt zu erforschen, was es für die Entwicklungspolitik bedeutet, wenn Sicherheit kein „öffentliches Gut“, sondern eine Ware ist, die nach marktwirtschaftlichen Kriterien produziert und erworben werden kann.

**F**ür Entwicklungsländer gibt es bisher kaum Studien, die systematisch erfassen, wer die unterschiedlichen privaten Sicherheitsakteure sind und wie sich ihre Tätigkeit gesellschaftlich auswirkt. Gerade auch aus entwicklungspolitischer Perspektive fehlen solche Bewertungen – es gibt sie weder für einzelne Länder, noch in Zusammenhang mit Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform oder der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Soldaten. Besonders gravierend wird dieses Manko, wenn EZ-Akteure selbst Sicherheitsfirmen beauftragen.

## Private Sicherheit in Afrika südlich der Sahara

Erste Auswertungen haben ergeben, dass das Sicherheitsgewerbe in Entwicklungsländer im Vergleich mit den Industriestaaten des Nordens die höchsten Wachstumsraten aufweisen. Oft ist die Sicherheitsindustrie dort der lukrativste Wirtschaftssektor im ganzen Land, dessen Wachstumsraten zwischen zehn und 30 Prozent über dem allgemeinen Durchschnitt liegen.

Gemessen am Anteil des Bruttoinlandproduktes unterhält Südafrika den größten privaten Sicherheitssektor der Welt. Erst kürzlich hat Südafrika einen deutlichen Anstieg bei den kommerziellen Sicherheitsanbietern verzeichnen können. Allein zwischen 2006 und 2007 stieg die Anzahl der Unternehmen, die Sicherheitsdienstleistungen anbieten, um 34 Prozent. Laut neuer Statistiken gibt es 4.898 Sicherheitsunternehmen mit insgesamt 307.343 Beschäftigten im Land, wobei

weitere 776.316 Sicherheitskräfte, die derzeit ohne Beschäftigung sind, nicht mitgezählt wurden.

Kommerzielle Sicherheit ist jedoch nicht auf Südafrika begrenzt, sondern auf dem gesamten afrikanischen Kontinent verbreitet, so z.B. in Uganda, der Zentralafrikanischen Republik, Angola, Swasiland, Nigeria, Sierra Leone und Kenia. In Sierra Leone stieg die Gesamtzahl an Sicherheitsdienstleistern um ein 15-faches seit dem Ende des bewaffneten Konflikts. Der angolansiche Sicherheitssektor umfasst ca. 36.000 private Wachmänner. In Kenia sind mehr als 48.000 Menschen Angestellte von etwa 2.000 privaten Sicherheitsunternehmen, während in Nigeria die Zahl der Beschäftigten in der kommerziellen Sicherheitsindustrie über 100.000 zu liegen scheint. In vielen dieser Länder wird das Verhältnis zwischen privaten Wachmännern und Polizisten auf zehn zu eins geschätzt. Kommerzielle Sicherheitsdienstleister sind in vielen Entwicklungsländern daher ein überall präsenter Bestandteil des Stadtbilds. Ihre Konzentration scheint dabei in großen Städten und den Hauptstädten besonders hoch zu sein, während in den ländlichen Gebieten nur wenige operieren. In Kenia z.B. residiert eines von vier Sicherheitsunternehmen in Nairobi. Noch deutlichere Zahlen gibt es aus Angola: Polizeidaten von 2005 zeigen, dass 90 Prozent der Sicherheitsunternehmen in Angola von Luanda aus operieren und nur zehn Prozent in den anderen 17 Provinzen des Landes.

## Sicherheit für wen und vor was?

Südafrikas kann als Beispiel gelten, wie die Aktivität des privaten Sicherheitssektors die Spaltung von Arm und Reich in einem Land vertieft. Dort trägt sie zu einer Art sozialen Apartheid bei. So haben die Wohlhabenden ganze Bezirke durch private Sicherheitsfirmen zu Festungen ausgebaut, in denen vor allem eine Kategorie von südafrikanischem Bürger keinen Zutritt erhält – jung, männlich, schwarz. Diese Bevölkerungsgruppe leidet nicht nur unter Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit – für die Gewährleistung ihrer Sicherheit stehen kaum Ressourcen zur Verfügung

Der private Sicherheitssektor kann aber auch positiv zur Entwicklung eines Landes beitragen. So konnten in Sierra Leone nach dem Bürgerkrieg viele Exkombat-



tanten erfolgreich ins zivile Leben reintegriert werden, weil ihnen der private Sicherheitssektor Lohn und Arbeit bot.

Das BICC-Projekt will mit Hilfe zahlreicher Forschungsfragen herausfinden, ob und unter welchen Bedingungen die private Sicherheitspraxis als Unterstützung oder gar Voraussetzung für Entwicklung angesehen werden kann. Zudem untersucht es, bis zu welchem Grade das Gegenteil eintreten kann und sich private Sicherheitsstrukturen negativ auf die Entwicklung auswirken.

#### Forschungsfragen zu kommerziellen Sicherheitskonzepten und -strategien

Am Anfang einer entwicklungspolitischen Bewertung steht zunächst einmal die empirische Erfassung der Strukturen und Dynamiken des kommerziellen Sicherheitssektors in Entwicklungsländern. So verfolgt das Projekt systematisch die Fragen, wer die Kunden bzw. Produzenten kommerzieller Sicherheitsleistungen sind, durch wen – und wie – die Beziehungen zwischen Kunden und Produzenten reguliert werden, was die Bedrohungen, vor denen gesichert wird, sind und worin die Mittel und Techniken, mit denen Sicherheit hergestellt werden sollen, bestehen.

Identifiziert werden damit verschiedene Typen kommerzieller Sicherheitsproduktion, die dann u.a. anhand folgender entwicklungspolitisch relevanter Fragen untersucht werden sollen:

- Unterliegt die Spezifizierung kommerzieller Sicherheitskonzepte und -strategien einer demokratischen Einflussnahme und Kontrolle (Input-Legitimität)?
- Sind die Kunden und Produzenten kommerzieller Sicherheit rechenschaftspflichtig gegenüber unabhängigen Instanzen?
- Inwiefern wird der kommerzielle Sicherheitssektor bei Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform (SSR) mit berücksichtigt?
- Wie inklusiv sind die jeweiligen Sicherheitskonzepte? Wer wird von Sicherheitsleistungen ausgeschlossen? Werden sozioökonomische Gefälle

vertieft oder tritt das Gegenteil durch die Einbeziehung von bestimmten Bevölkerungsgruppen ein?

- Können bestimmte Akteurskonstellationen kommerzieller Sicherheit zur wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung eines Landes beitragen, z.B. durch die Schaffung von Stabilität und Arbeitsplätzen?
- Inwiefern wird Staatlichkeit selbst durch verschiedene Erscheinungen kommerzieller Sicherheitsordnungen untergraben oder im Gegenteil möglicherweise auch gestärkt?

Die Kommerzialisierung des Sicherheitssektors in vielen Ländern des Südens ist ein Fakt, auf den die Entwicklungspolitik adäquat reagieren muss. Herausforderungen, die sich daraus für die entwicklungspolitischen Ansätze zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung sowie die Stärkung und Bewahrung der Menschenrechte ergeben, sollten höchste Priorität genießen.

*Marc von Boemcken / Susanne Heinke*

Projekttitle:	Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern
Laufzeit:	seit August 2009
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Dr. Michael Ashkenazi, Ruth Vollmer
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Studienteam des German Marshall Fund forscht zu klimabedingter Migration

Die Entwicklung von Szenarien und Modellen für die ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen des Klimawandels auf besonders betroffene Weltregionen ist ein Ziel, dem sich die internationale Wissenschaft zunehmend widmet. Zur besseren Vernetzung der bisherigen Forschungsansätze und um den politischen und wissenschaftlichen Austausch auf transatlantischer Ebene zu fördern, hat der German Marshall Fund (GMF) of the United States im Rahmen seines Immigration & Integration Program 2009/10 die Bildung eines Transatlantischen Studienteams zur klimainduzierten Migration angeregt. Unter der Federführung des Institute for the Study of International Migration (ISIM, Georgetown University) sowie der United Nations University (UNU Bonn) beteiligt sich das BICC an dieser internationalen Initiative.

Seit der Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Frühjahr 2007 zählen die Eindämmung der globalen Erwärmung sowie die Auseinandersetzung mit deren Auswirkungen zu den Prioritäten nationaler und internationaler Gremien. Dabei geht es mittlerweile nicht nur um politische und technologische Ansätze zur Begrenzung der CO<sub>2</sub> Emissionen. Ein anderer Schwerpunkt liegt darauf, Szenarien und Modelle für die ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen des Klimawandels auf besonders betroffene Weltregionen zu entwickeln. So sehen sich beispielsweise schon jetzt viele Einwohner der südpazifischen Inselgruppen oder der tiefliegenden Küstenabschnitte Bangladeschs angesichts der steigenden Meeresspiegel zum Verlassen ihrer bisherigen Lebens- und Wirtschaftsgebiete gezwungen.

Im Jahr 2008 bildete die Internationale Organisation für Migration (IOM) auf Einladung des Inter-Agency Standing Committee for Humanitarian Affairs eine informelle Arbeitsgruppe zum Themenfeld (unfreiwillige) Migration und Klimawandel. Diese Gruppe widmet sich insbesondere der Identifizierung operationaler Lücken und Herausforderungen hinsichtlich der Entwurzelung von Personen infolge extremer und zumeist kurzfristiger umwelt- und klimabedingter Katastrophen. Jedoch gilt es zugleich, die langfristigen Auswirkungen klimabedingter Veränderungen in den

besonders betroffenen und ohnehin geschwächten wenig entwickelten Weltregionen zu berücksichtigen und im Rahmen gemeinsamer Forschung besser zu verstehen.

Migration infolge von ökologischen Veränderungen ist keineswegs ein neues Forschungsthema, wurde jedoch lange Zeit von vielen Experten und Gremien weitgehend ignoriert. Bereits 1992 veröffentlichten die IOM und die Refugee Policy Group einen ersten Bericht „Migration and the Environment“. Dennoch blieb der Zusammenhang zwischen Klimawandel, Umweltdegradation und Migration noch 2005 im Bericht der Global Commission on International Migration (GCIM) unberücksichtigt. Die Gründe hierfür liegen sowohl in der nach wie vor geringen Anzahl entsprechender Studien sowie in der konzeptionellen und methodischen Schwierigkeit, größere Migrationsströme primär auf ökologische Veränderungen zurückzuführen.

Dessen ungeachtet besteht inzwischen ein allgemeiner Konsens, dass umwelt- bzw. klimabedingte Veränderungen und die damit einhergehenden Beeinträchtigungen der Lebensgrundlagen neben politischen und wirtschaftlichen Faktoren zu den zentralen Migrationsursachen zählen. Als die am häufigsten anzutreffenden Phänomene gelten dabei

- die Intensivierung von Naturkatastrophen,
- die Zunahme von Dürre- und Trockenperioden mit weitreichenden Auswirkungen für die landwirtschaftliche Produktion,
- die Zerstörung küstennaher Lebensräume infolge ansteigender Meeresspiegel sowie
- die intensivierte Konkurrenz um Ressourcen wie Land und Wasser.

## Intensivierung von Konflikten und Flüchtlingskrisen

Inwieweit betroffene Bevölkerungsteile sich dazu gezwungen sehen, ihre Heimat vorübergehend oder dauerhaft zu verlassen, hängt dabei in ganz erheblichem Maße von den Ressourcen und Kapazitäten der jeweiligen Regionen ab, d.h. ihrer Vulnerabilität bzw. Widerstandskraft, auf diese klimabedingten Veränderungen zu reagieren und beispielsweise alternative Wirtschaftsformen zu entwickeln. Ein anderer Faktor



sind die Art und Umstände der umweltbedingten Veränderungen. Im Unterschied zu anderen, kurzfristigeren Naturkatastrophen wie Tsunamis oder Erdbeben wirken sich Klimaveränderungen wie Desertifikation bislang zumeist über einen längeren Zeitraum aus und haben somit häufig kontinuierliche Wanderungsbewegungen von geringerem Ausmaß zur Folge. In der neueren Literatur wird zudem darauf hingewiesen, dass es sich bei Migration infolge klimatischer Veränderungen auch um eine positive Adaptionsstrategie handeln kann, durch die alternative Arbeitsfelder und Lebensräume erschlossen werden.

Dennoch verbinden sich in vielen Regionen ökologische Probleme und Veränderungen mit bereits bestehenden gesellschaftlichen Konflikten, sei es infolge von Ressourcenknappheit oder der Umsiedlung von Bevölkerungsteilen, so dass ökologische Faktoren zu einer Intensivierung bzw. Eskalation von Konflikten und Flüchtlingskrisen beitragen können.

Vor diesem Hintergrund erstellt das BICC derzeit gemeinsam mit Adelphi Research, Berlin, eine Überblicksstudie zu den besonderen Herausforderungen und Dynamiken, die sich infolge klimabedingter Migration für die Aufnahmegesellschaften ergeben. Dabei sollen vor allem mögliche Dynamiken und Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Begleitumständen und Ursachenkomplexen klimainduzierter Migration sowie den möglichen Spannungen und Konflikten in den Aufnahmegebieten hinterfragt werden. Durch eine systematische Aufarbeitung möglicher stabilisierender und destabilisierender Faktoren sollen so relevante Handlungsfelder u.a. in den Bereichen Governance, Flüchtlingsintegration und Ressourcenmanagement identifiziert werden.

Daneben werden im Rahmen des gemeinsamen Projektes weitere Hintergrundstudien unter anderem zu folgenden Themenkomplexen erstellt:

- Migration als Adaptionsstrategie
- Klimawandel, ländliche Entwicklung und Migration
- Institutionelle Koordination
- die Entwicklung humanitärer Response-Mechanismen sowie eine Analyse einschlägiger Instrumentarien und Ansätze innerhalb der EU und USA.

Zu den weiteren Partnern des Projekts zählen die IOM, der Migration Dialogue at the University of California Davis, das Center for Law and Justice der University of San Francisco sowie in Europa das Overseas Development Institute in Großbritannien und Adelphi Research in Berlin. Weitere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen werden kontinuierlich in den Diskussionsprozess einbezogen, u.a. das Bureau of Population, Refugees & Migration des US State Department, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (MGFFI) und Refugees International. Neben der Erstellung von Überblicksstudien und Politikpapieren führt das Study Team Forschungsreisen in besonders betroffene Gebiete wie den Senegal, Mexiko und Bangladesch durch. Es organisiert Workshops und Konferenzen mit relevanten Akteuren in Berlin, Washington und Brüssel. Ein Abschlussbericht mit zentralen Ergebnissen und Empfehlungen wird voraussichtlich im Juni 2010 veröffentlicht.

Andrea Warnecke

Projekttitel:	GMF-Studenten zu Klimawandel und Migration
Laufzeit:	seit Juli 2009
Gefördert durch:	German Marshall Fund (GMF)
Projektleitung:	Andrea Warnecke
Projektmitarbeit:	Ruth Vollmer, Zoe Sutherland
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Transnationales Engagement von afrikanischen Migrantenorganisationen in NRW

Unter dem Titel „Migration – Integration – Entwicklung“ erstellt das BICC eine Studie zu afrikanischen Migrantenorganisationen in Nordrhein-Westfalen. Untersucht wird ihr Beitrag zu Integrationsprozessen in Deutschland sowie zur Entwicklung in ihren jeweiligen Herkunftsländern. Das Projekt wird von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) sowie Inwent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) gefördert.

Migration wird in Forschung und Öffentlichkeit nicht mehr nur als Folge von Entwicklungsdiskrepanzen in und zwischen Staaten, sondern zunehmend auch als ein Faktor, der die Entwicklung der Herkunfts- und Residenzländer beeinflusst, wahrgenommen. In der Debatte spielt dabei nicht nur der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte in den Herkunftsländern (*brain drain*) eine Rolle, sondern auch der positive Beitrag von Migration zu Entwicklungsprozessen. Doch nicht nur durch individuelle Rücküberweisungen, deren entwicklungspolitische Wirkung stark von verschiedenen Faktoren in den Empfängerländern abhängig ist, nehmen Migrantinnen, Migranten und ihre Organisationen Einfluss auf die Entwicklung in ihren Herkunftsländern. Dies geschieht zum Beispiel durch unternehmerisches Engagement und Investitionen im Herkunftsland sowie gesellschaftliche und politische Aktivitäten und Entwicklungsprojekte. Hinzu kommen entwicklungspolitische Lobbyarbeit im Residenzland sowie der Aufbau von transnationalen sozialen und Wissensnetzwerken. Schließlich spielen *social remittances* eine Rolle, also Werte, Ideen, Identitäten und soziales Kapital, die aus den Residenzländern in die Herkunftsländer zurückfließen.

## Migration – Entwicklung – Integration

Die Rolle von Migrantenorganisationen im Integrationsprozess ist wissenschaftlich und gesellschaftlich umstritten. Einerseits wird vielfach die Befürchtung geäußert, dass eine starke Anbindung an das Herkunftsland, insbesondere in Hinblick auf politische Prozesse, ein Hemmnis für die dauerhafte Integration im Aufnahmeland darstellen könnte. Andererseits setzt sich zunehmend ein Diskurs durch, der davon ausgeht,

dass Migrantenorganisationen gesellschaftliche Integrationsfunktionen wahrnehmen, vor allem als erste Anlaufstelle für Neueingereiste sowie als Vermittler von emotionaler Sicherheit, Alltagswissen und sozialem Kapital. Migrantenorganisationen können zudem eine wichtige Funktion als Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten erfüllen. Unter dem Schlagwort „Integration durch Binnenintegration“ wird ihnen eine Brückenfunktion zur deutschen Gesellschaft zugeschrieben. Integrationsrelevante Aktivitäten von Migrantenorganisationen reichen von Selbsthilfeaktivitäten im Bildungs- und Erziehungsbereich über kulturelle Projekte, entwicklungs- und integrationspolitische Bildungsmaßnahmen sowie Antidiskriminierungsarbeit bis hin zum Engagement in kommunalen Institutionen, Verbänden und Vereinen.

Ein empirisch belegtes Ergebnis des DIASPEACE-Projektes<sup>1</sup> des BICC lautet, dass das (transnationale) Engagement von Migrantinnen und Migranten auch in anderen Aspekten positiv mit dem Grad der sozio-ökonomischen Integration korreliert. Dabei haben insbesondere die Aufenthaltsdauer und der rechtliche Aufenthaltsstatus sowie der Bildungsgrad der Migrantinnen und Migranten Einfluss auf ihre Bereitschaft sich freiwillig zu engagieren.

## Afrikanische Migrantenorganisationen in Nordrhein-Westfalen

Die im Rahmen des Projektes durchgeführte Studie beschäftigt sich mit Organisationen von Migrantinnen und Migranten aus Afrika südlich der Sahara in Nordrhein-Westfalen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2008 leben ca. 82.000 afrikanische Staatsangehörige aus Ländern Sub-Sahara Afrikas in Deutschland. Davon wohnt knapp ein Viertel in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen afrikanische Flüchtlinge und Asylbewerber, Deutsche mit afrikanischem Migrationshintergrund sowie irregulär Eingewanderte.

In NRW besonders stark vertreten sind Migrantinnen und Migranten aus der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria und Ghana. Afrikanische Gemeinschaften

<sup>1</sup> vgl. *brief 42*. Andrea Warnecke (ed.). 2010. *Diasporas and Peace: A Comparative Assessment of Ethiopian and Somali Organisations in Europe*. Bonn: BICC, May.



und Selbstorganisationen haben sich in Deutschland seit den 1980er und dann vermehrt in den 1990er Jahren gegründet. Es handelt sich dabei keinesfalls um *die eine* afrikanische Diaspora, sondern um sehr unterschiedliche Gemeinschaften mit heterogenen organisatorischen Strukturen, Themen und Aufgaben. NRW weist eine Vielzahl afrikanischer Migrantenorganisationen, individueller Initiativen sowie eine vermutlich noch größere Zahl informeller Gruppen auf. Die meisten der Organisationen sind im Bereich der Selbsthilfe, Integration und Kulturarbeit aktiv, führen Entwicklungsprojekte durch oder engagieren sich als Partei, politischer Verein, Studentenorganisation oder religiöse Gemeinschaft.

Die Studie möchte einen Beitrag zum besseren Verständnis der Organisationsformen und -zwecke afrikanischer Migrantenorganisationen sowie ihrer Möglichkeiten, zu Entwicklungs- und Integrationsprozessen beizutragen, leisten. Auch fragt sie nach den Bedingungen für die Realisierung dieser Potenziale. Insbesondere will die Studie dabei folgenden Fragen nachgehen:

- Was sind die Voraussetzungen für die Fähigkeit und Bereitschaft von afrikanischen Migrantinnen und Migranten, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren?
- Wie können staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in Nordrhein-Westfalen das Potenzial von afrikanischen Migrantenorganisationen, zu Entwicklungs- und Integrationsprozessen beizutragen, unterstützen?

Grundlage der Studie ist die einschlägige Literatur zum Thema. Ausgewertet werden auch qualitative Befragungen sowohl von Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenorganisationen als auch von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie Expertinnen und Experten. Darüber hinaus sollen zwei Workshops stattfinden.

Ziel des Projektes ist es, Handlungsstrategien für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen des Landes einerseits sowie afrikanischen Migrantenorganisationen andererseits aufzeigen. Zudem will es helfen, Anhalts-

punkte für die praktische Gestaltung der Kooperation mit Migrantenorganisationen in den Bereichen Entwicklung und Integration zu definieren.

*Clara Schmitz-Pranghe*

Projekttitlel:	Afrikanische Migrantenorganisationen (MO) in Nordrhein-Westfalen – Organisationsformen und Aktivitäten
Laufzeit:	seit Januar 2010
Gefördert durch:	Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen; Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI); Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (Inwent)
Projektleitung:	Clara Schmitz-Pranghe, Andrea Warnecke
Projektmitarbeit:	Ruth Vollmer
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Elend statt Entwicklung – Das Erdölprojekt im Tschad

Für das von der EU unterstützte Kampagnennetzwerk Fatal Transactions (FT) hat ein Projektteam von BICC und AG Tschad im Jahr 2009 Recherchen zum Erdölprojekt Tschad-Kamerun durchgeführt. Das ursprüngliche Ziel dieses auch von der Weltbank geförderten Vorhabens lautete, die Entwicklung im Tschad nachhaltig zu fördern. Die auf Literaturrecherche und Feldforschung basierende BICC-Studie "'We were promised development and all we got is misery'—The Influence of Petroleum on Conflict Dynamics in Chad" weist jedoch nach, dass diese gute Absicht auf Grund verschiedener Faktoren fatal gescheitert ist.

Im Tschad sollte ein Modellprojekt verwirklicht werden, das vorführt, wie der „Rohstoffluch“ überwunden werden kann. Die Ölförderung in dem armen, zentralafrikanischen Land sollte zu verbesserten Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung führen, statt – wie in anderen ölfreudigen Staaten – zu Unterentwicklung, Autoritarismus und Konflikten. Um dies sicherzustellen engagierte sich die Weltbank im Erdölprojekt Tschad-Kamerun, das die Erdölförderung und den Bau einer 1.070 Kilometer langen Exportpipeline durch ein Konsortium der multinationalen Erdölfirmen ExxonMobil, Chevron und Petronas begleiten sollte. Doch statt zu Frieden und Entwicklung durch Armutsreduzierung beizutragen, fördert die Ölproduktion und die aus ihr erzielten Einnahmen Konflikte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Der Tschad ist eines der ärmsten Länder der Erde und seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich 1960 nahezu permanent in Gewaltkonflikte verstrickt. Präsident Idriss Déby regiert das Land in autokratischer Manier, seit er sich 1990 an die Macht geputzt hat. Bisher durchgeführte Wahlen waren weder frei noch fair. Stattdessen hält er sich durch Unterdrückung der politischen Opposition an der Macht. Durch ein aus Einnahmen aus dem Erdölgeschäft finanziertes Patronage-System gelingt es ihm darüber hinaus, nicht nur seine Anhänger, sondern auch wichtige ehemalige Gegner durch lukrative Posten an sich zu binden.

Ansonsten setzt Präsident Déby gegenüber den Rebellen auf militärische Abschreckung, die er ebenfalls mit Petro-Dollar bezahlt. Zwischen 2000 und 2009 stiegen die Militärausgaben von 14 Millionen auf 315 Mil-

## Internationales FT-Sekretariat in Bonn

Seit Beginn des Jahres 2010 hat das BICC das internationale Sekretariat der Kampagne Fatal Transactions übernommen. Die Aktivitäten der europäischen Kampagne für Rohstoffgerechtigkeit werden nun also von Bonn aus gesteuert.

Das BICC engagiert sich seit 2007 in diesem Zusammenschluss europäischer NGOs, der sich für eine gerechte Nutzung der natürlichen Reichtümer in Afrika südlich der Sahara einsetzt. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit erstellte das BICC Forschungsberichte zu drei Länderbeispielen: dem Tschad, der Côte d'Ivoire und Nigeria. Gemeinsam führen die Mitgliedsorganisationen von Fatal Transactions Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyaktivitäten in verschiedenen europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene durch.

Das internationale Sekretariat erreichen Sie unter [ft@bicc.de](mailto:ft@bicc.de).

lionen US-Dollar. Während der Tschad auf dem UNDP Armutsindex den Rang 132 von 135 Plätzen belegt<sup>1</sup>, steht er nach CIA-Angaben zu Militärausgaben auf Platz 27 von 173<sup>2</sup>. 2006 sollen rund 4,2 Prozent des BIP für Militärausgaben verwendet worden sein.

Übrigens wecken die Erdöleinnahmen auch bei den Rebellenbewegungen Begehrlichkeiten, die die herrschende Elite im bewaffneten Kampf ablösen und selbst zu den Hauptprofiteuren des Reichtums werden wollen.

Für die Bevölkerung des Tschad ist die Situation frustrierend. Schulen und Krankenhäuser Hauptstadt N'Djaména oder in Städten in der Erdölregion, die mit den Mitteln aus dem Ölgeschäft finanziert werden, bleiben oft – wie die sprichwörtlichen Potemkinschen Dörfer – ohne Ausstattung und Personal und haben

<sup>1</sup> United Nations Development Programme. 2009. "Chad: The Human Development Index - going beyond income." In *ibid. Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development*. Basingstoke: Palgrave/ Macmillan.

<sup>2</sup> Central Intelligence Agency. 2009. *World Factbook 2009*. Washington, DC: Central Intelligence Agency.



daher kaum positive Wirkungen auf die Lebenssituation. Die Aktivitäten des internationalen Ölkonsortiums, das im Doba-Becken fördert, führen statt dessen zu Umweltbelastungen sowie verstärkter Landnahme mit unzureichenden Entschädigungsmaßnahmen. Auf die insgesamt angespannte Situation in der Region, die Konflikte auch innerhalb der Bevölkerung schürt, reagiert die Regierung mit der vermehrten Entsendung von Sicherheitspersonal und einer nächtlichen Ausgangssperre.

Gerade eine solche Entwicklung, in der die Verwaltung des Ölsektors ein undemokratisches und in Gewaltkonflikte verwickeltes Regime unterstützt, sollte ursprünglich verhindert werden. Es war sogar unter Aufsicht der Weltbank ein Verwaltungsmodell und -gesetz erarbeitet worden, um zu gewährleisten, dass die Einnahmen aus der Ölproduktion der Bevölkerung zu Gute kommen und z.B. 80 Prozent der direkten Einnahmen in die Armutsbekämpfung fließen sollten. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die Regierung kein Interesse an einer derartigen Verwaltung der neuen Gelder hatte. Die Weltbank war offenbar mit überzogen optimistischen Vorstellungen in das Projekt eingestiegen und übte in der Folge nicht genügend Druck aus, um die Einhaltung der vereinbarten Regeln sicherzustellen.

### Negativbeispiel Tschad

Statt ein also ein Modellprojekt für Entwicklung zu werden, kann der Tschads nun als Negativbeispiel dienen, aus dem jedoch auch viel gelernt werden kann. Klar ist, dass bestimmte Voraussetzungen für Investitionen in die Rohstoffindustrie erfüllt sein müssen, wenn schlechte Verwaltung und Konflikte vermieden werden sollen. So muss die Regierung eines Landes demokratisch sein und Menschenrechte einhalten. Sie muss politischen Willen zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Rohstoffsektor zeigen und die entsprechenden Kapazitäten bereit halten. Der Zivilgesellschaft sollte von Anfang an eine wichtige Rolle zugestanden werden, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Eine Weltbank-Evaluation kam 2003 zu dem Schluss, dass Investitionen in große Infrastrukturprojekte, be-

sonders im Energie- und Bergbaubereich, angesichts der negativen sozialen, ökologischen aber häufig auch ökonomischen Folgen nicht getätigt werden sollten. Da dieser Empfehlung bis heute nicht gefolgt wird, ist es umso wichtiger, dass internationale Finanzinstitutionen wenigstens die Anwendung höchster sozialer und ökologischer Standards sicherstellen.

Die Regierung des Tschad stellt indes die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung weiterhin hintan und beschäftigt sich vorrangig mit ihrer eigenen Machtsicherung. Dies zeigt sich auch bei einer neuen Kooperation zur Erschließung weiterer Erdölfelder. Seit 2007 arbeitet das tschadische nationale Ölunternehmen SHT (Société des Hydrocarbures du Tchad) im Sedigi-Becken mit der staatlichen chinesischen CNPC (China National Petroleum Cooperation) zusammen. Das dort geförderte Öl soll durch eine neue Pipeline zu einer im Bau befindlichen Raffinerie transportiert und dort in erster Linie für den heimischen Markt verarbeitet werden. Bereits jetzt kommt es zu Umweltschäden, Umsiedlungen und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Ein Umsteuern der Regierung, das Respekt für die eigene Bevölkerung, die Überwachung internationaler Unternehmen und eine demokratische Öffnung einschließt, ist nicht in Sicht.

Lena Guesnet

Projekttitle:	Mitarbeit im Netzwerk Fatal Transactions (FT), Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema Ressourcen und Konflikte
Laufzeit:	seit 2007
Gefördert durch:	Europäische Kommission (EU)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Lena Guesnet, Marie Müller
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Liegenschaftskonversion stellt Anforderungen an Landesplanung und Strukturpolitik

Truppenabbau der belgischen, britischen und US-Truppen, aber auch die Transformationsprozesse der Bundeswehr stellen für Kommunen und Landesregierungen in Deutschland nach wie vor große Herausforderungen dar. Wie passt sich die zivile Umnutzung von Liegenschaften in ein landesplanerisches und strukturpolitisches Gesamtkonzept ein? Gemeinsam mit der NRW.URBAN (vormals LEG Stadtentwicklung GmbH) unterstützt das BICC die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen bei der Beantwortung dieser Fragen.

**A**uch wenn das Ausmaß von Standortschließungen und -verkleinerungen im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich geringer geworden ist, sind ihre Folgen für die Bundesländer und betroffene Kommunen immer noch von großer wirtschaftlicher, städtebaulicher und planerischer Bedeutung. Angemessene Konzepte zur zivilen Nachnutzung zu entwickeln ist jedoch vor allem deshalb schwieriger geworden, weil sich die förderpolitischen Rahmenbedingungen, auch seitens der EU, entscheidend verändert haben.

## Truppenabbau in Deutschland

Waren 1990 auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland noch fast 1,5 Millionen Soldatinnen und Soldaten stationiert, ist ihre Zahl in Folge der verschiedenen Konversionswellen auf einen historischen Tiefpunkt gesunken (s.u.). Im Zuge der laufenden Transformationsprozesse der Bundeswehr aber auch der britischen und US-Armee wird es in den kommenden Jahren bis mindestens 2015 zu weiteren Schließungen militärischer Standorte kommen.

Aktuell sind 23.000 britische Soldatinnen und Soldaten in Deutschland ansässig. Gemäß der Planungsvorgaben des sogenannten Borona-Programms sollen davon rund 3.600 Militärangehörige bis 2014 die Bundesrepublik verlassen. Neben den bereits aufgegebenen Liegenschaften in Osnabrück (Niedersachsen) sind weitere Standortschließungen angekündigt, so z.B. die Aufgabe zweier großer Standorte in Nordrhein-Westfalen, nämlich des Flugplatzes Niederkrüchten-Elmpt (ca. 900 ha) und der JHQ (*Joint Headquarters*) Rheindahlen im Westen von Mönchengladbach (ca. 450 ha).

Setzen die Amerikaner all ihre Planungen zur militärischen Neuausrichtung um, wird sich die Zahl der US-Streitkräfte in Deutschland von derzeit ca. 42.000 bis spätestens 2012 auf etwa 24.000 Soldatinnen und Soldaten reduzieren, was ebenfalls zu einer entsprechenden Zahl von Standortschließungen führen wird.

Wie sich die Vorschläge der erst im April 2010 von Bundesverteidigungsminister Guttenberg eingesetzten Strukturkommission für eine neue Bundeswehrreform auswirken werden, ist zwar derzeit noch nicht absehbar. Schon vor seiner Amtsübernahme gingen die Planungen des Verteidigungsministeriums davon aus, bis zum Ende des Jahres 2010 eine Truppenstärke von etwa 250.000 Soldatinnen und Soldaten zu erreichen.

## Verbesserte strategische Planung soll mangelnde finanzielle Förderung ersetzen

Seit dem Ende der ersten großen Konversionswelle im Jahr 2000 hat sich auf Seiten des Bundes, was Institutionen oder Zuständigkeiten angeht, einiges geändert. So wurde die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gegründet und eine gemeinsame Koordinierungsstelle Konversion des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesverteidigungsministeriums eingerichtet. Auch die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.), ein Unternehmen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), ist als weiterer Akteur und möglicher Ansprechpartner für die Kommunen im Konversionsgeschehen tätig.

Für die Bundesländer ist es aufgrund ausgelaufener Förderprogramme der EU und der allgemein schlechteren Haushaltslage schwieriger geworden die Kommunen in dem Maße finanziell zu unterstützen, wie sie es noch in den 1990er Jahren konnten. Schon die Hoffnungen auf finanzielle Hilfen in der ersten Phase der Bundeswehrstrukturreform wurden nicht erfüllt. Und so sehr aus der Sicht der betroffenen Kommunen neue Konversionsprogramme erwünscht und auch gerechtfertigt erscheinen – heute gelten sie als unwahrscheinlicher denn je.



Die Landesregierungen übernehmen deshalb zunehmend moderierende Aufgaben, wie sie das BICC in den 1990er Jahren auch schon im Auftrag der Landesregierung NRW für betroffene Kommunen wahrgenommen hat. Die mangelnden wirtschaftlichen Ressourcen sollen in Zukunft mit einer gezielten Entwicklung von Konversionsstrategien aufgefangen werden, die in einem landesplanerischen und strukturpolitischen Gesamtkontext stehen.

Von den Anfang der 1990er Jahre 47.000 ha militärisch genutzter Fläche in Nordrhein-Westfalen wurden bis heute in den verschiedenen Konversionsphasen mehr als 12.000 ha von der Bundeswehr oder den alliierten Streitkräften freigegeben und in weiten Teilen einer zivilen Nachnutzung zugeführt. Dies betrifft ca. 350 Liegenschaften in rund 150 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden.

Jedem ist klar, dass nicht alle der bereits freigezogenen bzw. zukünftig frei werdenden ehemals militärisch genutzten Flächen umfassend einer zivilen Nachnutzung zugeführt werden können. Aber – welche Flächen werden überhaupt frei? Wie groß ist das Ausmaß der Konversion in den kommenden Jahren tatsächlich? Welche Regionen und/oder Kommunen benötigen Hilfe? Welche Regionen und/oder Kommunen können oder sollten aus planerischer und strukturpolitischer Sicht unterstützt werden?

Dies sind Fragen, denen sich das Land Nordrhein-Westfalen bereits vor einigen Jahren gestellt hat. Gemeinsam mit der NRW.URBAN (vormals LEG Stadtentwicklung GmbH & Co KG) berät das BICC die Landesregierung bei der Entwicklung einer Strategie für die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen. In einem ersten Schritt haben NRW.URBAN und BICC gemeinsam eine zunächst interne Datenbank zu Konversionsstandorten in NRW entwickelt. Sie dient dazu, einen Überblick und eine Informationsgrundlage zu den Konversionsstandorten in NRW zu geben und standardisierte, umfassende Detailinformationen über einzelne Standorte bereitzustellen. Um die gesammelten Daten einer besseren planerischen Nutzung zuzuführen, soll neben einer kontinuierlichen Aktualisierung die Datenbank um eine interaktive GIS-gestützte Kar-

tenfunktion erweitert werden, die die Informationen in einem geographischen Kontext abbildet und räumlich-inhaltliche Abfragen ermöglichen soll. So kann die Datenbank zur fundierten Entscheidungshilfe für die verantwortlichen Akteure der einzelnen Fachministerien und mit Konversion betrauten Landesinstitutionen werden.

*Lars Wirkus*

Projekttitle:	Konversion in NRW
Laufzeit:	seit Januar 2010
Gefördert durch:	NRW.URBAN durch Mittel des Ministeriums für Bauen und Verkehr (MBV) des Landes Nordrhein-Westfalen (Datenbank)
Projektleitung:	Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste

# Publikationsliste

## Briefs

**brief 42.** Andrea Warnecke (ed.). 2010. *Diasporas and Peace: A Comparative Assessment of Ethiopian and Somali Organisations in Europe*. Bonn: BICC, Mai.

**brief 41.** Frank, Claudia and Lena Guesnet. 2009. "We were promised development and all we got is misery"—*The Influence of Petroleum on Conflict Dynamics in Chad*. Bonn: BICC, Dezember.

**brief 40.** Guesnet, Lena, Marie Müller and Jolien Schure. 2009. *Natural Resources in Côte d'Ivoire: Fostering Crisis or Peace? The Cocoa, Diamond, Gold and Oil Sectors*. Bonn: BICC, Dezember.

**brief 39.** Fischer, Clara and Ruth Vollmer (eds.). 2009. *Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa*. Bonn: BICC, Mai.

## BICC Buchserie: Sustainable Peace and Global Security Governance

Swatuk, Larry A. und Lars Wirkus (Hrsg.). 2009. *Transboundary Water Governance in Southern Africa. Examining Underexplored Dimensions*. Baden-Baden: Nomos.

## Bulletins

### BICC bulletin, No. 52, January–March 2010

Feature: Digging Deeper: Can NEITI contribute to conflict management in the Niger Delta region? Uche Igwe.

### BICC bulletin, No. 51, October–December 2009

Feature: With UN-missions towards peace? Andreas Heinemann-Grüder

### BICC bulletin, No. 50, July–September 2009

Feature: Piracy in Somalia and its Root Causes on Land, Michael Ashkenazi and Edward Ceska

## BICC papers

Koltermann, Felix. 2010. *Der Gaza-Krieg im Bild: Ein Vergleich der Bildberichterstattung der FAZ und der SZ über den Krieg*. Occasional Paper VI. Bonn: BICC (i.E.).

Müller, Marie. 2010. *Revenue Transparency to Mitigate the Resource Curse? Potential and Reality in the Niger Delta*. Occasional Paper V. Bonn: BICC (i.E.)

Runge, Peter. 2009. *The Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan: Role model for civil-military relations?* Occasional Paper IV. Bonn: BICC, Oktober.

Dehérez, Dustin. 2009. *The Scarcity of Land in Somalia. Natural Resources and their Role in the Somali Conflict*. Occasional Paper III. Bonn: BICC, April.

Radeke, Helen. 2009. *Sierra Leone: Mit Sicherheit eine gute Wahl? Eine Zwischenbilanz der demokratischen Friedenskonsolidierung*. Occasional Paper II. Bonn: BICC, April.

Sommer, Jerry. 2009. *New Chances for a Compromise in the Nuclear Dispute with Iran?* Occasional Paper I. Bonn: BICC, März.

## Newsletter Fatal Transactions

**Newsletter No. 5**, Oktober 2009.

**Newsletter No. 4**, Mai 2009.

## Andere BICC Publikationen

Boege, Volker. 2009. "Transboundary Water Governance in Regions of Weak Statehood." In Swatuk and Wirkus (eds.).

Schmitz-Pranghe, Clara. 2010. "Modes and Potential of Diaspora Engagement in Eritrea." *DIASPEACE Working Paper* (i.E.).

Schmitz-Pranghe, Clara. 2010. "A Comparative Assessment of Ethiopian Diaspora Engagement in Europe." In Andrea Warnecke (ed.). *Diasporas and Peace: A Comparative Assessment of Ethiopian and Somali Organisations in Europe*. brief 42. Bonn: BICC, Mai.

von Boemcken, Marc. 2009. "Der Globale Militarisierungsindex des BICC." In Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). 2009. *Jahresbericht 2008/2009*. Bonn: BICC, Mai.

von Boemcken, Marc. "Globale Trends bei Verteidigungsausgaben und bewaffneter Gewalt." In Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). 2009. *Jahresbericht 2008/2009*. Bonn: BICC, May.

von Boemcken, Marc and Volker Franke. 2009. "Attitudes, Values and Professional Self-Conceptions of Private Security Contractors in Iraq. An Exploratory Study." Research Report for the Deutsche Stiftung Friedensforschung. Bonn: BICC.

Warnecke, Andrea and Clara Schmitz-Pranghe. 2010. "Ethiopian Diaspora Organisations in Germany." In Andrea Warnecke (ed.). *Diasporas and Peace: A Comparative Assessment of Ethiopian and Somali Organisations in Europe. brief 42*. Bonn: BICC.

### Weitere Veröffentlichungen

**Boege, Volker**, Anne Brown, Kevin Clements and Anna Nolan. 2010. "Challenging Statebuilding as Peacebuilding: Working with Hybrid Political Orders to Build Peace." In Oliver Richmond (ed.). *Peacebuilding. Critical Developments and Approaches*. New York: Palgrave Macmillan.

**Boege, Volker**. 2009. "Challenging the Weberian Concept of the State: Lessons Learned from a Far-Away South Sea Island." In Michael Brzoska and Axel Krohn (eds.). *Overcoming armed violence in a Complex World: Essays in Honor of Herbert Wulf*. Opladen and Farmington Hills: Budrich Uni Press, pp. 205–222.

**Boege, Volker**. 2009. "Peacebuilding and State Formation in Post-Conflict Bougainville." *Peace Review*, Vol. 21, No. 1, pp. 29–37.

**Boege, Volker**. 2009. "Zivile Konfliktbearbeitung in der Südsee." *Wissenschaft und Frieden*, Vol. 27, Nr. 4, S. 47 - 50.

**Boege, Volker**. 2009. "Kastom in violent conflict and in peacebuilding in contemporary Bougainville." Conference Paper presented at the second conference of the International Society for Cultural History 'Culture of Violence', Brisbane, Australia, 20–23 July.

**Boege, Volker**. 2009. "Legitimacy in hybrid political orders – an underestimated dimension of peacebuilding and state formation." Conference paper presented at the European Consortium of Political Research conference Potsdam, Germany, 10–12 September.

**Boege, Volker**. 2009. „Ökologisch induzierte Gewaltkonflikte in Zeiten des Klimawandels.“ Konferenzbeitrag, 24. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Kiel, 21. - 25. September.

**Boege, Volker**. 2009. "Democracy and Custom – Incompatibilities or Complementarities? Legitimacy issues in Pacific Democracies." Conference paper presented at the 11th Pacific Islands Political Studies Association, Auckland, New Zealand, 3–4 December.

**Boege, Volker**, Anne Brown and Anna Nolan. 2009. "Security Issues of the Pacific Islands." *The Far East and Australasia 2010*. 41st Edition. London and New York: Routledge, 2009, pp. 934–944.

**Boege, Volker**, Anne Brown and Kevin Clements. 2009. "Hybrid Political Orders, not fragile states." *Peace Review*, Vol. 21, No. 1, pp. 13–21.

**Boege, Volker**. 2009. "On Hybrid Political Orders and Emerging States: What is Failing – States in the Global South or Research and Politics in the West?" In *Berghof Handbook Dialogue Series No. 8*, pp. 15–35. Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management.

**Boege, Volker**. 2009. "Building Peace and Political Community in Hybrid Political Orders." *International Peacekeeping*, Vol. 16, No. 5, pp. 599–615.

**Boege, Volker**. 2009. "Undressing the Emperor: a Reply to Our Discussants." In *Berghof Handbook Dialogue Series No. 8*, pp. 87–93. Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management.

**Boege, Volker**. 2009. "Gobernanza y ciudadanía en los ordenes políticos híbridos: un cambio de perspectiva en la noción de 'construcción del Estado'." In Manuela Mesa (coord.). *Crisis y cambio en la so-*

ciudad global. *Anuario 2009-2010*. Madrid: ceipaz, pp. 63–81.

**Boege, Volker** and Pam Christie. 2009. "Learning in a Post-conflict Environment: the Case of Bougainville." In Rawwida Baksh and Tanyss Munro (eds.). *Learning to live together. Using Distance Education for Community Peacebuilding*. Vancouver: Commonwealth of Learning, pp. 197–210.

**Croll, Peter J.** und **Jan Grebe**. 2010. „Simbabwe 30 Jahre nach der Unabhängigkeit. Ein Grund zum Feiern? Thirty years of independence in Zimbabwe. A time to celebrate?“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Vol. 3, Nr. 2, April, S. 169 - 179.

**Franke, Volker C.** 2010. "Making Sense of Chaos: Teaching Strategy Using Case Studies." In Gabriel Marcella (ed.). *Teaching Strategy: Challenge and Response*. Carlisle, PA: Strategic Studies Institute, US Army War College, March, pp. 241–274.

**Franke, Volker C.** (ed.). 2010. "Gender & Security." *Security and Peace*, Vol. 1/2010, special edition.

**Franke, Volker C.** 2009. "Security by Contractor: Outsourcing in Peace and Stability Operations." Case Study, Center for Complex Operations, National Defense University, Washington, DC, September.

**Franke, Volker C. and Andrea Warnecke**. 2009. "Building Peace. An Inventory of UN Peace Missions since the End of the Cold War." *International Peacekeeping*, Vol. 16, No. 3, pp. 407–436.

**Franke, Volker C.** and Gary Schaub Jr.. 2009/10. "Contractors as Military Professionals?" *Parameters*, Vol. 39, No. 4, Winter, pp. 88–104.

**Franke, Volker C.** and Karen Guttieri. 2009. "Picking up the Pieces: Are Officers Ready for Nation Building?" *Journal of Political and Military Sociology*, Vol. 37, No. 1, Summer, pp. 1–25.

**Grebe, Jan**. 2010. „Zehn Jahre Krise in Simbabwe: Die Rolle der Europäischen Union, der USA und Chinas im Kontext der Krise.“ In Helmut Asche, Antje Daniel, Fran-

ziska Gruber and Rainer Öhlschläger (Hg.). *Afrika und externe Akteure – Partner auf Augenhöhe?* Baden-Baden: Nomos (i.E.).

**Grebe, Jan**. 2010. "And They Are Still Targeting: Assessing the Effectiveness of Targeted Sanctions Against Zimbabwe." *Africa Spectrum*, Vol. 45, No. 1. (i.E.)

**Hauswedell, Corinna** (ed.). 2009. *Nigeria – Too Rich for Dignity and the Law? Perspectives After the 2007 Elections*. Loccumer Protokolle, 23/07, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna** (Hg.) 2009. *Chinas neue Rolle in der Welt: Machtrivalität oder Chancen für mehr Multilateralismus?* Loccumer Protokolle, 75/07, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna** (Hg.). 2009. *Frieden und Gerechtigkeit? Dilemmata heutiger Friedensethik und -politik. Zur Diskussion der Denkschrift der EKD*. Loccumer Protokolle, 24/08, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna** (Hg.). 2009. *Soldatentod in heutigen Kriegen. Herausforderungen für politische Normenbildung und Erinnerungskultur*. Loccumer Protokolle 25/08, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna**. 2009. „Privatarmeen gegen law and order. Die langen Schatten des Paramilitarismus in Nordirland.“ In Stig Förster, Christian Jansen and Günther Kronenbitter (Hg.). *Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen staatlichem Monopol und Privatisierung*. Paderborn: Schöningh Verlag, S. 251 - 264.

**Hauswedell, Corinna**. 2009. "Small Arms, Bigger Issues: Lessons from the Case of Decommissioning Paramilitary Weapons in Northern Ireland." In Michael Brzoska and Axel Krohn (eds.). *Overcoming Armed Violence in a Complex World. Essays in Honour of Herbert Wulf*. Opladen and Farmington Hills: Budrich University Press, pp. 51–65.

**Hauswedell, Corinna**, Margret Johannsen and Paul Nolan (eds.). 2009. *Demilitarizing Conflicts. Learning Lessons in Northern Ireland, Palestine and Israel*. Loccumer Protokolle, 64/08, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna**, Anna Kreikemeyer and Wolfgang Zellner (eds.). 2009. *Cooperation with Central Asia – The Potential of the EU's Central Asia Strategy*. Loccumer Protokolle, 55/08, Rehburg-Loccum.

**Hauswedell, Corinna**, Ulrich Frey und Wiebke Zorn (Hg.). 2009. *Diplomatie und Zivilgesellschaft – Konfliktbearbeitung auf Augenhöhe?* Loccumer Protokolle 32/09, Rehburg-Loccum.

**Heinemann-Grüder, Andreas** and Irina Busygina. 2010. "Unity and Diversity in Russia's Federalism." In Andreas Heinemann-Grüder and Irina Busygina (eds.). *Forum of Federations, Unity and Diversity in Multiethnic Federations*. Ottawa: McGill-Queen's University Press (i.E.).

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2010. *Federalizm i etnicheskoe mnogoobrazie v Rossii*. Moskau: Rosspen.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. "Federal Discourses, Minority Rights, and Conflict Transformation." In Cameron Ross and Adrian Campbell (eds.). *Federalism and Local Politics in Russia*. London, New York: Routledge, pp. 54–81.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. „Wie enden Kriege?“ In Hans J. Gießmann and Armin Wagner (Hg.). *Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*. Baden-Baden: Nomos, S. 74 - 88.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. "Multi-ethnic Federations: Integrative or Pretext for Secession?" In Michael Brzoska and Axel Krohn (eds.). *Overcoming Armed Violence in a Globalized World*. Leverkusen, Birmingham: Budrich Uni Press, pp. 143–161.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. „Nigeria: Föderalismus als Patronage.“ In Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hg.). *Jahrbuch des Föderalismus 2009*. Baden-Baden: Nomos, S. 411 - 426.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. „Kontrollregime. Politik in Russland unter Putin & Medvedev.“ *Osteuropa*, Heft 9, S. 27 - 48.

**Heinemann-Grüder, Andreas**. 2009. „Mit UNO-Einsätzen zum Frieden?“ In Jochen Hippler, Christiane Fröhlich, Margret Johannsen, Bruno Schoch, Andreas Heinemann-Grüder (Hg.). *Friedensgutachten 2009*. Berlin, Münster: LitVerlag, S. 175 - 188.

Jochen Hippler, Christiane Fröhlich, Margret Johannsen, Bruno Schoch, Andreas **Heinemann-Grüder** (Hg.). 2009. *Friedensgutachten 2009*. Berlin, Münster: LitVerlag.

**Isikozlu, Elvan** and **Ananda S. Millard**. 2010. "Wartime Rape: Identifying Knowledge Gaps and their Implications." *Sicherheit und Frieden (S+F)*, Vol. 28, No. 1, pp. 35–41.

**Küchle, Hartmut**. 2010. „Der transatlantische Rüstungsmarkt.“ Interview, Deutschlandradio, 9. März.

**Küchle, Hartmut**. 2009. „Bedrohungen und Schutz der kritischen Infrastruktur an Häfen, Flughäfen und Bahnhöfen.“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS)*, 1/2009, S. 14 - 23.

**Küchle, Hartmut**. 2009. „Konversion militärischer Anlagen und Produktion – ein Rückblick.“ Präsentation, Arbeitstagung der Evangelischen Kirche Stuttgart „Schwerter zu Pflugscharen – Rüstungsexport und Rüstungskonversion.“ Stuttgart, 21. April.

**Küchle, Hartmut** und Peter Schaaf. 2009. „Technologie und Arbeitsplatzpotenzial des Eurofighters.“ *Strategie & Technik*, 2/2009.

**Sommer, Jerry**. 2010. „Vor dem Nuklear-Gipfel in Washington – wie der Westen die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern will.“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien.“ 10. April, verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraefte4.html>>.

**Sommer, Jerry**. 2010. "Forever divided? A new political ice age threatens Cyprus." *Atlantic Times*, February.

**Sommer, Jerry**. 2009. „Warten auf Abrüstung – was wird aus Obamas Vision einer atomwaffenfreien Welt?“

(Zur US-„Nuclear Posture Review“).“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien.“ 30. Januar, verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraefte4.html>>.

**Sommer, Jerry.** 2009. „Auch Europa sollte vom Ziel der Null-Urananreicherung im Iran abrücken: Kontrollieren statt sanktionieren.“ *Tageszeitung*. Kommentar, 09. März.

**Sommer, Jerry.** 2009. „Es wäre an der Zeit, den Sanktionsknüppel wegzupacken: Der Sanktionsknüppel.“ *Tageszeitung*. Kommentar, 10. September.

**Sommer, Jerry.** 2009. „Neuer START-Vertrag in Sicht? Auftakt der amerikanisch-russischen Gespräche über die strategischen Atomwaffen.“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien.“ 16. Mai, verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraefte4.html>>.

**Sommer, Jerry.** 2009. „Atommacht Nordkorea – kann die Staatengemeinschaft das Nuklearprogramm stoppen?“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien.“ 19. September, verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraefte4.html>>.

**Sommer, Jerry.** 2009. „Bewaffnete Konflikte künftig wahrscheinlicher? Die möglichen Folgen des Klimawandels für die internationale Sicherheit.“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien.“ 12. Dezember, verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraefte4.html>>.

**von Boemcken, Marc,** Christoph Schmidt und Wilfried Solbach (Hg.). 2009. *Conflict Prevention in the Multimedia Age*. Bonn: Deutsche Welle.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „Condottieri der Gegenwart. Die Globalisierung des privaten Sicherheitsgewerbes.“ In Stig Förster, Christian Jansen and Günther Kronenbitter (Hg.). *Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen staatlichem Monopol und Privatisierung: Von der Antike bis zur Gegenwart*. Paderborn: Schöningh-Verlag.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „UN Arms Embargoes in the Great Lakes, 1994–2004.“ In Michael Brzoska and George A. Lopez (eds.). *Putting Teeth in the Tiger: Improving the Effectiveness of Arms Embargoes*. Bingley: Emerald Press.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „Arms Embargoes against Eritrea and Ethiopia.“ In Michael Brzoska and George A. Lopez (eds.). *Putting Teeth in the Tiger: Improving the Effectiveness of Arms Embargoes*. Bingley: Emerald Press.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „Global Media Forum 2009: Conflict Prevention in the Multimedia Age.“ In Christoph Schmidt, Wilfried Solbach und Marc von Boemcken (Hg.). *Conflict Prevention in the Multimedia Age*. Bonn: Deutsche Welle.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „U-Boote, Fregatten und ausgemusterte Panzer. Deutsche Rüstungsexporte nach Lateinamerika.“ *Ila*, Nr. 326, Juni.

**von Boemcken, Marc.** 2009. „From Monopolies to Networks: A Framework for Analysing Security Practices in the 21st Century.“ Paper presented at the General Conference of the European Consortium for Political Research (ECPR), Potsdam, 10–12 September.

**Warnecke, Andrea and Volker C. Franke.** 2010. „Sustainable Conflict Transformation. An Analytical Model for Assessing the Contribution of Development Activities to Peacebuilding.“ *International Journal of Peace Studies*, Vol. 15, No. 1 (i.E.).

**Warnecke, Andrea,** Dennis Taenzler and **Ruth Vollmer.** 2010. „Climate Change, Migration and Conflict. Receiving Communities under Pressure?“ *Policy Paper*. German Marshall Fund of the United States (i.E.).

**Warnecke, Andrea und Clara Schmitz-Pranghe.** 2010. „Diasporaengagement für Entwicklung und Frieden. Handlungsspielräume und Kapazitäten der äthiopischen Diaspora in Deutschland.“ In Tatjana Baraulina und Andrea Riestler (Hg.). *Potenziale afrikanischer Migration in Deutschland und den Herkunftsländern*. Nürnberg: BAMF, GTZ (i.E.).

# Frieden und Entwicklung durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training

**A**ls unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden und Entwicklung.

## Die Aufgabe

Durch seine Arbeit will das BICC helfen, gewaltsame Konflikte zu verhindern, und zu ihrer konstruktiven Transformation beitragen.

Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können.

## Die Arbeit

**Frieden und Entwicklung:** Das BICC berät bei Demobilisierung und Reintegration (DD&R), evaluiert die damit verbundenen Prozesse sowie Frieden schaffende Instrumente, forscht zur Rolle des Sicherheitssektors, untersucht die Schnittstellen von Entwicklung und Frieden sowie die Früherkennung von Krisen.

**Rüstung - Globale Trends, Exporte und Kontrolle:** Das BICC untersucht globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärken und Militarisierung, stellt Zusammenhänge zwischen Rüstungsexporten, Entwicklungshilfe und Menschenrechte her und setzt sich für weltweite Rüstungskontrolle ein.

**Kleinwaffenkontrolle:** Das BICC berät und trainiert weltweit im Bereich der Kleinwaffenkontrolle, berät zu Markierung und Nachverfolgung sowie zur sicheren Lagerung von Kleinwaffen und Munition, erhebt Daten zu ihrer Verbreitung und evaluiert ihre Kontrolle.

**Rohstoffe und Konflikte:** Das BICC erforscht den Zusammenhang zwischen Rohstoffen und Konflikten. Das Zentrum macht entwicklungspolitische Lobby- und Bildungsarbeit zu diesem Thema.

**Migration und Sicherheit:** Das BICC untersucht Zusammenhänge von afrikanischer Migration und Sicherheit, diskutiert Herausforderungen der Binnenmigration in Afrika südlich der Sahara und beschäftigt sich mit der afrikanischen Diaspora - in NRW, in Deutschland und in der EU.

**Liegenschaftskonversion:** Das BICC verfügt über 15 Jahre Konversionserfahrung und ist auch international in Sachen Liegenschaftskonversion aktiv.

## Die Dienstleistungen

**Anwendungsorientierte Forschung** (wissenschaftliche Beiträge, Hintergrund- und Evaluationsstudien, *Impact Analysis*, Indikatorenentwicklung, Datenerhebung und -analyse sowie Projektbegleitung und -durchführung).

**Beratung** (Hintergrundanalysen, Handlungsempfehlungen, Expertenworkshops).

**Kapazitätenbildung** (*capacity-building*) durch die Ausarbeitung von Konzepten und Modulen für Bildung und Training.

**Öffentlichkeitsarbeit** (Veröffentlichungen, Konferenzen und Veranstaltungen, Ausstellungen).

## Die Auftraggeber und Partner

internationale und UN-Organisationen, Regierungen, internationale und nationale Stiftungen, internationale und nationale wissenschaftliche Einrichtungen, internationale und nationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Bundesländer und -ministerien.

## Die Organisation

Auf Grundlage von anwendungsorientierter Forschung leistet das BICC Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen und bildet aus. Der internationale Mitarbeiterstab führt eigene und von Förderern und Auftraggebern finanzierte Projekte durch.

Das BICC sammelt und veröffentlicht Informationen, erstellt Gutachten und Publikationen und stellt diese Materialien NGOs, Regierungen und privaten Organisationen zur Verfügung. Es ist Mitherausgeber einer internationalen wissenschaftlichen Schriftenreihe (*Sustainable Peace and Global Security Governance*) und des Jahrbuchs „Friedensgutachten“.

Das Konversionszentrum organisiert regelmäßig Ausstellungen, Konferenzen, Expertenworkshops und Vortragsveranstaltungen. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte das BICC seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken.

Das BICC wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) als gemeinnützige GmbH gegründet. Die Gesellschafter sind die Bundesländer NRW und Brandenburg. Die Gremien des BICC sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Internationale Beirat.

### Fotos

- S. 4 Auswärtiges Amt
- S. 6 BICC
- S. 8 Klausnitzer/BICC. Teilnehmerinnen des BICC-Workshops "Wartime Rape"
- S. 9 Dickmann/BICC. Am 22. April 2010 beging das BICC den ersten „Tag der offenen Tür“ in seinen neuen Räumen
- S. 10 Dickmann/BICC. Am 8. April 2010 unterzeichneten Peter J. Croll (rechts), Direktor BICC, und Carlos Lopes (links), Geschäftsführender Direktor UNITAR (Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen; UN Institute for Training and Research), in Bonn eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit. Angelica Maria Kappel (Mitte), Bürgermeisterin der UN-Stadt Bonn, nahm an der Veranstaltung teil
- S. 11 Heinke/BICC. Prof. Hans Blix (links) und Prof. Volker Rittberger (rechts), Mitglieder des Internationalen Kuratoriums des BICC
- S. 13 Hans-Christian Plambeck/laif. Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG in Kiel produziert U-Boote, ein gefragtes Rüstungsexportgut
- S. 15 Paes/BICC. Ein LKW der Südsudanesischen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration transportiert Teilnehmer eines Ausbildungsprogrammes
- S. 17 UN Photo/Christopher Herwig. Jerrilyn Mulbah, nigerianische Künstlerin aus Liberia, singt für die „Stop Vergewaltigung“ Kampagne der United Nations Mission in Liberia (UNMIL), der liberianischen Regierung und anderer Partner
- S. 19 Riccardo Venturi/laif. Johannesburg 2007, Soweto Township, Sicherheitspersonal an der Metro
- S. 21 Warnecke/BICC. Umweltverschmutzung im Senegal
- S. 23 Dickmann/BICC. Nana Ato Arthur, Regionalminister a. D., Ghana, Chidi Kwubiri, Künstler Nigeria/ Deutschland, und Ibrahim Gueye, Aufsichtsratsvorsitzender Afrikanischer Dachverband NRW e.V., (v.l.n.r.) diskutieren am Tag der offenen Tür des BICC zu „Perspektiven Afrika“
- S. 25 Jörg Siebert/Misereor. Vorfahrtsschild für ESSO im Tschad
- S. 27 Katharina Moraht. Die heute als Begegnungsstätte genutzte eh. „Ordensburg“ in Vogelsang ist ein Konversionsobjekt